©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

SERGEJ A. GORLOW

GEHEIMSACHE MOSKAU – BERLIN

Die militärpolitische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich 1920–1933

Die politische Isolierung des Deutschen Reiches und der Sowjetunion, die gemeinsame Frontstellung gegen das neuerstandene Polen, an das beide Staaten nach dem Ersten Weltkrieg bzw. dem polnisch-sowjetischen Krieg bedeutende Gebiete abgeben mußten, die militärischen Restriktionen des Versailler Vertrags auf deutscher Seite und das sowjetische Ziel, eine moderne Armee aufzubauen, waren die ausschlaggebenden Faktoren, die zu der geheimen Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee zwischen 1920 und 1933 führten. Dieses Thema war in der Sowjetunion zum Tabu erklärt und der offenen wissenschaftlichen Diskussion entzogen worden. Erst ab 1989 wurden früher als geheim und streng geheim eingestufte Dokumente verschiedener Behördenarchive der UdSSR bzw. – nach dem Zusammenbruch der UdSSR – Rußlands für die Forschung zugänglich und konnten damit die Basis für quellengestützte Forschungen[1] bilden.

[1] Die erste wissenschaftliche Publikation mit Überblickscharakter und einigen Dokumenten aus dem Archiv des Außenministeriums der UdSSR wurde vom Autor dieses Artikels im Juni 1990 vorgelegt: Sergej Gorlov, Sovetsko-germanskoe voennoe sotrudničestvo v 1920–1933 gg. (Sowjetisch-deutsche militärische Zusammenarbeit in den Jahren 1920–1933), in: Meždunarodnaja žisn' 1990, Nr. 6, S. 107–124. Auf dieser Veröffentlichung basiert auch die vorliegende Dokumentation. Es folgte eine ganze Reihe weiterer Aufsätze und Artikel: A. A. Achtamzjan, Voennoe sotrudničestvo SSSR i Germanii. 1930–1933 (Die militärische Zusammenarbeit der UdSSR und Deutschlands), in: Novaja i novejšaja istorija 1990, Nr. 5, S. 3–24; B. Bojcov, Rejchsver i Krasnaja Armija (Reichswehr und Rote Armee), in: Krasnaja zvezda, 25. nojabrja 1990 g.; Mišanov S. A., Po sledam otdela „R" (Auf den Spuren der Abteilung „R"), in: Sovetskij voin 1990, Nr. 11, S. 80–83; Sergej Gorlov, Voennoe sotrudničestvo SSSR i Germanii v 20e gody (Die militärische Zusammenarbeit der UdSSR und Deutschlands in den zwanziger Jahren), in: Voenno-istoričeskij žurnal 1991 Nr. 9, S. 4–11; B. Bojcov/A. Zdanovič, Sekretnye laboratorii rejchsvera v SSSR (Geheime Laboratorien der Reichswehr in der UdSSR), in: Armija 1992, Nrn. 1, 2, 3, 4, 6; Sergej Gorlov/S. V. Ermačenkov, Voenno-učebnye centry rejchsvera v Sovetskom Sojuse (Militärische Ausbildungszentren der Reichswehr in der Sowjetunion), in: Voenno-istoričeskij žurnal, 1993, Nrn. 6, 7, 8. 1992 erschien eine Edition von Dokumenten mit dem etwas sensationsheischenden Titel „Das faschistische Schwert wurde in der UdSSR geschmiedet": T. S. Bušueva/Ju. L. D'jakov, Fašistskij meč kovalsja v SSSR. Krasnaja Armija i tajnoe sotrudničestvo 1922–1933. Neizvestnye dokumenty, Moskau 1992. Einleitung und Kommentierung erscheinen allerdings kritikwürdig. Auf deutscher Seite wird der aktuelle Forschungsstand markiert durch die Arbeiten von Olaf Groehler, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941, Berlin 1992, und Manfred Zeid-

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die ersten, auf eine sowjetisch-deutsche militärische Zusammenarbeit gerichteten Kontakte kamen Anfang 1920 zustande. Ihr Initiator und aktivster Förderer in Deutschland war General Hans von Seeckt, der Chef der Heeresleitung und damit praktisch der Oberbefehlshaber der Reichswehr, der durch die Zusammenarbeit mit der Roten Armee die restriktiven Bestimmungen des Versailler Vertrages unterlaufen wollte. Die zeitweiligen militärischen Erfolge der Roten Armee im polnisch-sowjetischen Krieg 1920 beeindruckten Seeckt und weckten in ihm die Zuversicht, daß die Rote Armee ein attraktiver Partner sein könnte. Gleichgesinnte von Seeckts waren Reichswehrminister Otto Geßler und der Chef des Truppenamts Otto Hasse. Auf sowjetischer Seite fand die militärische Kooperation von Anfang an die Unterstützung fast der gesamten Führung der Russischen Kommunistischen Partei, RKP(B), und des Rates der Volkskommissare. Den Kontakt zwischen von Seeckt und dem Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrates der Republik[2], Lev D. Trotzki, stellte Enver-Pascha her, der seit 1916 mit Seeckt befreundet war, als dieser den türkischen Generalstab geleitet hatte. Enver-Pascha, von 1914–1918 Kriegsminister der Türkei, überschritt die sowjetisch-polnische Frontlinie zur sowjetischen Seite am 11. August 1920[3]. In der deutschen Regierung wußte anfangs nur der damalige Finanzminister und spätere Reichskanzler, Joseph Wirth, von dieser Initiative.

Am 16. August 1920 informierte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Georgij V. Čičerin, Lenin über den Kooperationsvorschlag der deutschen Regierung, den Enver-Pascha überbracht hatte. In Čičerins Schreiben war davon die Rede, „daß wir Deutschland versprochen haben, unsererseits alle Maßnahmen für die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1914 zu treffen"[4]. Im Gegenzug verpflichtete sich Berlin, dem sowjetischen Regime „inoffiziell zu helfen, d. h. durch Sendung von Rüstungsgütern an uns, Organisation von Aufständen der Polen zu unseren Gunsten usw."[5] „Jedoch", so bemerkte Čičerin, „was den Bezug von Rüstungsgütern aus Deutschland betrifft, haben wir schon Gespräche [. . .] begonnen, aber Enver behauptet, daß das

---

ler, Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993. Beide Autoren verwendeten nur wenige sowjetische Archivmaterialien.

[2] Der Revolutionäre Kriegsrat (RKR) der Republik war das höchste Militärorgan in Sowjetrußland während des Bürgerkrieges 1918–1920. Er wurde am 2. 9. 1918 durch den Beschluß des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees gegründet. Dem RKR der Republik wurden alle Militärstäbe und Militärinstitutionen Sowjetrußlands unterstellt. Nach der Gründung der UdSSR wurde der RKR der Republik am 28. 8. 1923 zum RKR der UdSSR. Am 20. 6. 1934 wurde er aufgelöst. Der Organisationsplan des RKR der UdSSR findet sich in Zeidler, Reichswehr, S. 343.

[3] Vgl. Meldung von Dzeržinskij an Lenin vom 11. 8. 1920, in: Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung der Dokumente der neuesten Geschichte (künftig: RCChIDNI), fond 76, opis' 3, delo 106, list 1.

[4] Čičerin an Lenin, 16. 8. 1920, in: Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten RF (künftig: AVP RF), f. 04, op. 3, p. 12, d. 3, l. 192.

[5] Nahezu deckungsgleich, jedoch mit stärkerer Betonung der sowjetischen Initiative: „Hier ist eine Partei, welche richtige Macht besitzt und Trotzki auch diese Partei gehört ist (sic!) für eine Verständigung mit Deutschland. [. . .] die Partei wäre bereit die alte deutsche Grenze von 1914 anzuerkennen und sie sehen nur einzigen Ausweg zu Weltchaos, das ist Zusammengehen mit Deutschland und Türkei. [. . .] Russen zu helfen kann man in Korridor oder in geeignete Stelle eine Freiwilligen-Armee oder eine Aufstandsbewegung verursachen." Enver an Seeckt, 26. 8. 1920, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, N 247, Bl. 202–208.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einverständnis der Regierung nichts bedeutet, wenn Seeckt nicht seine Zustimmung gibt. [...] Enver wartet auf eine Antwort."[6] Čičerin spielte damit auf die am 12. August 1920 aufgenommenen Kontakte zwischen Vertretern der 4. und 15. Armee der RKKA (Rote Arbeiter- und Bauernarmee) und Wilhelm Schubert, dem letzten Militärattaché des kaiserlichen Deutschlands, an, der im Auftrag des deutschen Außenministeriums nach Ostpreußen geschickt worden war, um Fühlung mit der Roten Armee aufzunehmen[7].

In der Schlacht bei Warschau am 16.–19. August 1920 erlitt die Rote Armee eine vernichtende Niederlage. Sowjetrußland verlor den Krieg. Die Idee der Ostorientierung, so stellte der Leiter der sowjetischen Mission für Kriegsgefangenenfürsorge in Deutschland und de facto bevollmächtige Vertreter Sowjetrußlands in Deutschland, Viktor L. Kopp, am 20. September 1920 in einem Brief an Čičerin fest, sei infolgedessen in Deutschland „stark verblaßt"[8]. In den Vordergrund rückte nunmehr die Idee einer langfristigen militärischen Zusammenarbeit, die von beiden Seiten aktiv unterstützt wurde. Anfang 1921 wurde im Reichswehrministerium für die Organisation der Zusammenarbeit der Reichswehr mit der RKKA die „Sondergruppe R" (Rußland) geschaffen. Im Schriftwechsel des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten mit dem bevollmächtigten Vertreter der Sowjetunion in Deutschland wurde sie als „Vogru" (voennaja gruppa: militärische Gruppe) bezeichnet. 1923 richtete das Reichswehrministerium in der deutschen Botschaft in Moskau die „Zentrale Moskau" ein, die als verlängerter Arm des Ministeriums gelten kann.

Die Konzeption der bilateralen militärischen Zusammenarbeit wurde in Gesprächen in Moskau und Berlin von 1920 bis 1923 entworfen. Das Hauptaugenmerk richtete sich dabei auf moderne Waffenkategorien, deren Besitz und Entwicklung der Reichswehr durch den Versailler Vertrag untersagt waren, während Sowjetrußland für die Fortentwicklung der eigenen Waffen das Know-how fehlte; das galt vor allem bei der Luftwaffe, chemischen Waffen, Panzern, Unterseebooten. Die Rüstungspläne der Reichswehr waren – vor allem nach der Ruhrbesetzung – von dem Gedanken an einen nahen, großen „Befreiungskrieg" inspiriert[9].

Obwohl Fragen der militärischen Zusammenarbeit beim Abschluß des Rapallo-Vertrages am 16. April 1922 nicht berührt wurden, schuf dieser günstige Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung auf diesem Felde. Čičerin schätzte die Militärkooperation im Sommer 1922 als „einen der wichtigsten Faktoren unserer Außenpolitik" ein[10]. Am 26. November 1922 wurde in Moskau nach langwierigen Gesprächen ein Konzessionsvertrag mit dem Flugzeugbauunternehmen Junkers über die Produktion von Vollmetallflug-

---

[6] Wie Anm. 4.

[7] Siehe dazu ausführlich Zeidler, Reichswehr, S. 48f.

[8] Kopp an Čičerin, 20. 9. 1920, in: AVP RF, f. 04, op. 13, p. 73, d. 1038, l. 1.

[9] Vgl. Zeidler, Reichswehr, S. 70ff.; Rolf-Dieter Müller, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard am Rhein 1984, S. 137f.

[10] AVP RF, f. 04, op. 69, p. 454, d. 26, l. 6, Čičerin an seinen Stellvertreter Karachan, Juni 1922. Čičerin beschwert sich darin über die Belästigungen der deutschen Partner bei den Militärgesprächen durch die sowjetische Geheimpolizei und spricht von „Unšlichts idiotischer Einmischung". Jossif S. Unšlicht war von 1921 bis 1923 der stellvertretende Vorsitzende der VČK/GPU (Vserossijskaja Črezvyčajnaja Komissija, Allrussische Außerordentliche Kommission, kurz Tscheka genannt). VČK und GPU (Glavnoe Političeskoe Upravlenie, Politische Hauptverwaltung) waren die Vorläufer des KGB.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeugen und Motoren unterzeichnet sowie zwei Verträge über die Einrichtung einer Transitverbindung Schweden-Persien und über eine Luftvermessungskonzession für Junkers. Der Vertrag über die Produktion von Metallflugzeugen und Motoren wurde auf 30 Jahre abgeschlossen, Junkers erhielt dafür das Russisch-Baltische Werk in Fili bei Moskau zur Pacht. Dem Programm entsprechend sollten pro Jahr 300 Flugzeuge und 450 Motoren hergestellt werden, der serienmäßige Ausstoß der Flugzeuge sollte spätestens am 1. Oktober 1923 beginnen, der Serienausstoß der Motoren ein Jahr nach der Bestätigung des Vertrags[11].

Zur Finanzierung und Koordination der getarnten Rüstungsunternehmen in der UdSSR, die auch deutsche Aufträge für militärische Güter ausführten, gründete das Reichswehrministerium 1923 die „Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen" (Gefu) mit Sitz in Berlin und Moskau und stellte ihr das nötige Betriebskapital zur Verfügung. Mit der Leitung der Gefu wurde Major a.D. Fritz Tschunke beauftragt. Unter ihrer Obhut standen die Flugzeugfabrik in Fili, die Chemiefabrik Bersol' für die Produktion von Giftstoffen in Ivaščenkovo[12] bei Samara mit Beteiligung der Firma Stoltzenberg und die Produktion von Artilleriemunition in verschiedenen sowjetischen Fabriken (Zlatoust, Tula, Ochta, Kazan', Petrograd) mit Hilfe von Krupp[13]. Damals schlugen in Rußland auch BMW (Panzer- und Flugzeugmotoren), Karl Walter (Schußwaffen), Rheinmetall, Siemens, Carl Zeiss und andere Firmen Wurzeln.

Jedoch stand die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit für Junkers und Stoltzenberg unter keinem glücklichen Stern. Neben produktionstechnischen Problemen sahen sich die Firmen auch einem tendenziell ungünstiger werdenden Klima für ausländische Investoren ausgesetzt[14]. Symptomatisch hierfür sind Stellungnahmen von seiten der Geheimpolizei OGPU. Ihr Chef, Feliks É. Dzeržinskij, schrieb in einer Einschätzung des „Prozesses der Studenten"[15] am 6. Juli 1925 an seinen Stellvertreter Genrich G. Jagoda und den Leiter der INO OGPU[16] Michail A. Trilisser: „Bei mir ist der Eindruck entstanden, daß die deutsche Regierung und die monarchistischen und nationalistischen Kreise allgemein auf den Sturz des Bolschewismus in der UdSSR hinarbeiten und sich auf ein zukünftiges monarchistisches Rußland einstellen. [. . .] Ist es denn zufällig, daß die Konzes-

[11] AVP RF, f. 0165, op. 2, p. 111, d. 61, l. 5–98.

[12] Anfang der zwanziger Jahre wurde Ivaščenkovo in Trock umbenannt und 1929 in Čapaevsk.

[13] Russisches staatliches Militärarchiv (künftig: RGVA), f. 4, op. 2, d. 26, l. 223–224; RCChIDNI, f. 76, op. 3, d. 317, l. 29–30.

[14] Vgl. hierzu genauer A. G. Dongarov, Inostrannyj kapital v Rossii i SSSR (Auslandskapital in Rußland und der UdSSR), Moskau 1990.

[15] Der „Prozeß" war von der OGPU (Obedinennoe Glavnoe Političeskoe Upravlenie) als Antwort auf die Verhaftung des OGPU-Mitarbeiters P. A. Skoblevskij in Deutschland während des „deutschen Oktobers" 1923 fabriziert worden und sollte die deutsche Regierung an der Einleitung eines Gerichtsverfahrens hindern. Im Oktober 1924 verhaftete die OGPU in der UdSSR die deutschen Studenten Karl Kindermann, Theodor Wolscht und Max von Ditmar, die beschuldigt wurden, die Ermordung von Stalin und Trotzki geplant zu haben. Im Januar 1925 begann in Leipzig der Prozeß gegen Skoblevskij („Tscheka-Prozeß"). Das am 22. 4. 1925 ausgesprochene Todesurteil wurde danach jedoch in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Als „Antwort" verurteilte ein Gericht in Moskau im Juni 1925 die Studenten zum Tode. Letztendlich wurden die Todesurteile aufgehoben und die Verurteilten 1926 ausgetauscht. Von Ditmar war allerdings zuvor in sowjetischer Haft verstorben.

[16] Auslandsabteilung der OGPU.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sion mit Junkers uns geschäftlich fast nichts gebracht hat? Ist es denn wahr, daß nur wir selbst daran schuld sind? Was stellen die Firma Junkers und ihr Apparat politisch dar? Haben uns die Deutschen bei der Grundlegung der Chemie- oder einer anderen Produktion geholfen? Analyse der deutschen Konzessionen?"[17] Eine Woche danach legte der Leiter der KRO OGPU[18], Arthur Ch. Artuzov Dzeržinskij, fünf Dokumente über die Tätigkeit der Deutschen in der UdSSR vor. Aus ihnen ergab sich, daß praktisch alle leitenden deutschen Mitarbeiter der Konzessionsunternehmen Spione und Agenten waren. Die Folgerung Artuzovs lautete: „Ohne Zweifel führen die deutschen Nationalisten in Rußland eine riesige Arbeit in allen Richtungen durch, und sie haben unseren Einfluß auf die deutschen Kolonien in der UdSSR deutlich übertroffen. Das letztere [unser Einfluß] ist offenbar bis zum äußersten schwach. Junkers und Gefu, scheint mir, muß man liquidieren."[19] Diese Dokumente zeigen überdeutlich, daß die Tätigkeit der deutschen Konzessionäre im Grunde genommen zum Scheitern verurteilt war, denn die OGPU war damals eine überaus mächtige Organisation[20]

Ein noch beredteres Zeugnis der Absichten der sowjetischen Seite stellt die Verordnung des Politbüros des ZK VKP(B)[21] vom 12. November 1925 dar, in der es im Hinblick auf Junkers heißt: „Dem Hauptkonzessionskomitee der UdSSR vorschlagen, den Vertragsentwurf so zu ändern, daß für uns die möglichst gewinnbringende Aufhebung der Verträge sichergestellt ist."[22] Auch ein Dienstschreiben des Hauptkonzessionskomitees für das Politbüro vom 8. Februar 1926 weist in dieselbe Richtung: „[. . .] muß unser Vertragsentwurf für den Konzessionär jetzt noch so stark verschlechtert werden, daß er zweifelsohne für Junkers unannehmbar wird?"[23] Wie die sowjetische Seite über die Militärkooperation dachte, geht ferner aus einem Schreiben des Vorsitzenden des VSNCh[24] und der OGPU, Feliks É. Dzeržinskij, und des Kriegskommissars Kliment É. Vorošilov an das Politbüro des ZK VKP(B) vom 1. März 1926 hervor. In diesem Dokument bestanden sie auf der Notwendigkeit einer umgehenden Aufhebung der Konzession für Junkers: „Wir haben alle Pläne und Daten sowohl über die in Fili gebauten Flugzeuge als auch über ihre Produktion herausgezogen. Dieses Material haben wir als Grundlage für die Organisation einer eigenen Produktion von Metallflugzeugen benutzt."[25]

Solche Verstöße zeigten Wirkung, wie sich der Verordnung des Politbüros des ZK VKP(B) vom 4. März 1926 entnehmen läßt, in der es u. a. hieß: „den Vertrag mit Junkers aufheben" und die „Entwicklung einer Flugzeugindustrie mit den Mitteln der Sowjetunion" aufnehmen[26]. Ähnliche Ziele verfolgte Moskau Mitte 1926 im Hinblick auf Bersol'. Das Protokoll Nr. 39 (vom 30. Juni 1926) der Kommission des Politbüros des ZK

---

[17] Dzeržinskij an Jagoda und Trilisser, 6.7. 1925, in: RCChIDNI, f. 76, op. 3, d. 317, l. 9.

[18] Spionageabwehr-Abteilung der OGPU.

[19] RCChIDNI, f. 76, op. 3, d. 317, l. 11.

[20] Vgl. Aufzeichnung Čičerins über ein Gespräch mit Brockdorff-Rantzau vom 20. 2. 1925, in: Ebenda, l. 6.

[21] Nach der Gründung der UdSSR am 31. 12. 1922 wurde dann die RKP (B) im Dezember 1925 in VKP (B) umbenannt (V = Vsesojuznaja = Allunions-).

[22] RGVA, f. 4, op. 14, d. 25, l. 3.

[23] Ebenda.

[24] Vysšij Sovet Narodnogo Chozjajstva – Oberster Rat der Volkswirtschaft.

[25] RGVA, f. 33987, op. 3, d. 151, l. 55.

[26] RCChIDNI, f. 17, op. 3, d. 549, l. 5.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VKP(B) für besondere Aufträge, dem u. a. der stellvertretende Vorsitzende des Revolutionären Kriegsrates der UdSSR Unšlicht, der Volkskommissar des Äußeren Čičerin und der stellvertretende Vorsitzende der OGPU Jagoda angehörten, ist hier ganz deutlich. Man wollte „einen definitiven Kurs auf den Bruch mit ihnen [den Deutschen] in der Angelegenheit Bersol' einschlagen"[27].

Diese Aussagen relativieren die in der westlichen Forschung bislang gängige These, das Junkerswerk in Fili und die Bersol'-AG in Ivaščenkovo seien allein aufgrund technischer Mängel und geschäftlicher Fehler, die von den beiden Firmen zu verantworten waren, gescheitert[28]. Jedoch wäre es ein Irrtum zu meinen, Moskau habe den wahren Wert von Bersol' und Junkers nicht erkannt. So schrieb Unšlicht am 21. Januar 1927: „In der Fabrik Bersol' erhalten wir die erste und vorläufig einzige Basis für die Produktion von Giftgasen in großem Maßstab. Auf sie müssen wir uns vorläufig für die nächste Zukunft ausschließlich stützen."[29] „In Anbetracht der kolossalen Bedeutung von Giftgasen in einem künftigen Krieg" schlug Unšlicht dem VSNCh vor, sämtliche Produktionsstätten von Giftgasen und Gasmasken zu einem selbständigen „militärchemischen Trust" zu vereinigen[30].

Im März 1927 wurde der Konzessionsvertrag mit Junkers aufgelöst[31]. Die Fabrik in Fili ging in das Eigentum der UdSSR über. Im April 1927 wurde mit Stoltzenberg eine Übereinkunft über die Liquidierung von Bersol' unterzeichnet[32]. Die Gefu, die durch unsolide Finanztransaktionen ins Zwielicht geraten war, war bereits ein Jahr zuvor aufgelöst worden. Das am 1. Mai 1926 als Ersatz geschaffene „Wirtschaftskontor" (Wiko) wurde bereits zehn Monate später infolge der internationalen Presseenthüllungen über die deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit („Granatenaffäre") wieder geschlossen[33].

Diese Häufung von Problemen und Mißerfolgen traf mit einer grundlegenden Änderung der internationalen Rahmenbedingungen zusammen. Die sowjetische Seite betrachtete die zunehmende Westorientierung Deutschlands im Zuge von Stresemanns Locarno-Politik mit äußerstem Mißtrauen[34]. Moskau reagierte unter anderem mit Angeboten zur Intensivierung der Rüstungszusammenarbeit. Auf die Vorschläge, die der stellvertretende Vorsitzende des Revolutionären Kriegsrats der UdSSR, Iossif S. Unšlicht, bei seinem Besuch in Berlin im März 1926 unterbreitete, ging man dort jedoch nicht ein[35].

Als Ende 1926 die militärische Zusammenarbeit durch Veröffentlichungen des „Manchester Guardian" bekannt wurde und die Enthüllungen von der SPD für eine Kampagne gegen die allzu selbstherrlich agierende Reichswehr, die KPD und die Minderheitsregierung unter Wilhelm Marx aufgegriffen wurden[36], war dies ein weiterer schwerer Schlag

[27] Ebenda, l. 35.

[28] Vgl. z. B. Zeidler, S. 97 und S. 99 f.

[29] Vgl. Brief Unšlichts an den Leiter der Militärindustriellen Hauptverwaltung des Obersten Volkswirtschaftsrates der UdSSR, Tolokoncev, an Vorošilov u. a., in: RGVA, F. 33987, op. 3, d. 87, l. 73.

[30] Ebenda.

[31] AVP RF, f. 04, op. 13, p. 97, d. 50375, l. 196 ff.

[32] Bundesarchiv Koblenz, NL 5/116, Bl. 95.

[33] Ebenda, Bl. 94.

[34] Vgl. hierzu Martin Walsdorff, Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Rußlandpolitik in der Locarno-Ära, Bremen 1971.

[35] AVP RF, f. 0165, op. 5, p. 123, d. 146, l. 107–111.

[36] Vgl. hierzu Jürgen Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933, München 1992, S. 198–208.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für die sowjetisch-deutschen Militärbeziehungen. Moskau argwöhnte, die Enthüllungskampagne sei von Stresemann inszeniert worden, um prosowjetischen Stimmungen in der Reichswehr entgegenzutreten und die „Republikanisierung" der Reichswehr in die Wege zu leiten[37].

Als London am 27. Mai 1927 die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abbrach und damit eine erhebliche Verschlechterung des britisch-sowjetischen Klimas bewirkte, war Moskau an der Einstellung der deutsch-sowjetischen Militärbeziehungen noch weniger interessiert als zuvor. Deshalb bemühte sich die sowjetische Führung um eine offizielle Erklärung der Reichsregierung, mit der die Kooperation „legalisiert" werden sollte. Diese Frage behandelten am 26. Februar 1927 der Leiter der Aufklärungsabteilung des Stabes der Roten Armee, Jan K. Berzin, in einem Gespräch mit dem Emissär der Reichswehr in der UdSSR Niedermayer und am 6. Mai 1927 der stellvertretende Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Maxim M. Litvinov, in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Moskau, Brockdorff-Rantzau[38]. Im August 1927 teilte Brockdorff-Rantzau Čičerin mit, daß die deutsche Regierung nichts gegen den weiteren Betrieb der Panzerschule in Kazan' habe[39]. Auf diese Weise wurde die militärische Zusammenarbeit trotz des Wirbels nach den publizistischen Enthüllungen fortgesetzt.

Die Panzerschule war Teil eines größeren Ausbildungsprogramms der Reichswehr in der Sowjetunion. „Seit 1925, als die Mißerfolge mit Junkers und der Yperitfabrik schon klar festgestellt waren, wurde die Zusammenarbeit schrittweise auf andere Gleise überführt", vermerkte der Leiter der Aufklärungsabteilung Berzin in einem Bericht an Vorošilov Anfang 1928[40]. Dieses andere „Gleis" wurden die militärischen Ausbildungszentren der Reichswehr. Auf dem Territorium der UdSSR wurden 1925 bis 1928 die Fliegerschule (Flugzentrum) bei Lipezk, die Panzerschule (Kampfwagenschule) bei Kazan', der Übungsplatz für aerochemische Versuche in Podosinki bei Moskau und die Chemiewaffenschule (aerochemische Station) „Tomka" in der Nähe der Eisenbahnstation Pričernavskaja bei Volsk im Saratower Oblast' eingerichtet. Hinzu trat ab Mitte der zwanziger Jahre die wechselseitige Teilnahme an Manövern und ein Austauschprogramm für Offiziere. Im August 1925 war erstmals eine Gruppe deutscher Offiziere bei Manövern der Roten Armee anwesend[41], einen Monat später wohnten sowjetische Offiziere unter Leitung von Michail N. Tuchačevskij Manövern der Reichswehr bei[42]. Danach wurden der Austausch und die Entsendung höherer Offiziere zu Manövern und Feldreisen zur regelmäßigen Übung. Bis 1930 war Deutschland wohl das einzige Land, dessen Offiziere an den großen Herbstmanövern der Roten Armee teilnahmen. Tuchačevskij war noch mindestens einmal – 1932 – als Beobachter an Manövern der Reichswehr beteiligt[43].

Neue Gefährdungen der Militärkooperation traten auf, als die UdSSR 1928 die Neue Ökonomische Politik aufgab. Als Folge davon begann das Mißtrauen gegenüber ausländischen Spezialisten ausgesprochen schizophrene Züge anzunehmen. Erinnert sei nur an

[37] RGVA, f. 33987, op. 3, d. 151, l. 3–5.
[38] AVP RF, f. 0165, op. 5, p. 123, d. 146, l. 177; f. 0165, op. 7, p. 140, d. 234, l. 1.
[39] Stresemann an Brockdorff-Rantzau, 12. 8. 1927, und Telegramm Brockdorff-Rantzau an Stresemann, 15. 8. 1927, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie B, Bd. VI, S. 229f.
[40] RGVA, f. 33987, op. 3, d. 295, l. 71–79, Bericht Berzins an Vorošilov, 24. 2. 1928.
[41] RGVA, f. 33987, op. 3, d. 98, l. 78.
[42] Ebenda, l. 78f.
[43] RGVA, f. 33987, op. 2, d. 5, l. 25–50.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Šachty-Prozeß, in dem neben sowjetischen Ingenieuren auch Fachleute der AEG wegen angeblicher Sabotage angeklagt waren[44]. Die militärische Zusammenarbeit mit Deutschland stand damit erneut auf dem Prüfstand. Um diese Frage zu klären, wurde 1928 sogar eine Kommission des Politbüro des ZK VKP(B) geschaffen, und der sowjetische Vertreter in Berlin, Nikolaj N. Krestinskij, mußte in seiner Korrespondenz mit Stalin und Vorošilov seine ganze diplomatische Kunst aufwenden, um einen Abbruch zu verhindern[45]. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits die wechselseitige Teilnahme von Beobachtern an Manövern, die Entsendung von Kommandeuren der Roten Armee zu Ausbildungskursen des Truppenamtes, der Austausch von Aufklärungsdaten über Polen, Rumänien und die Mandschurei sowie Kontakte zwischen den Kriegsflotten beider Länder Realität geworden.

Ausschlaggebend für die Fortführung der deutsch-sowjetischen Militärbeziehungen bis 1933 war neben ihrem militärischen Nutzen auch ihre außenpolitische Bedeutung gewesen.

Dies belegen auch die im folgenden publizierten Dokumente. Sie betreffen nicht den gesamten Zeitraum der militärischen Zusammenarbeit von 1920 bis 1933, sondern beziehen sich auf die kritischen Phasen 1926/27 und 1928/29. Sie ermöglichen einen Einblick in die Motivlagen der sowjetischen Seite bei der militärischen Kooperation, die im Gegensatz zur deutschen Seite[46] noch wenig untersucht worden ist. Die Dokumente zeigen insbesondere Nikolaj Krestinskij, den sowjetischen Vertreter in Berlin, als starken Fürsprecher der militärischen Zusammenarbeit. Krestinskij vermittelte nicht nur den Besuch einer sowjetischen Militärdelegation unter Iossif Unšlicht, die in Berlin Vereinbarungen über eine Erweiterung und Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit erzielte (Dokumente 1 und 2). Er griff auch wiederholt ein, wenn er die Kooperation durch Diskussionen in den politischen und militärischen Führungszirkeln in Moskau gefährdet sah (Dokumente 4, 5 und 6). Dabei wandte er sich gegen übertriebene Spionagefurcht und gegen die seiner Ansicht nach irrtümliche Annahme, die verstärkte Westorientierung Deutschlands in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre gehe mit der Absicht einher, die Militärbeziehungen mit Moskau abzubrechen. Krestinskij bemerkte richtig, daß das Interesse der Reichswehr an den Beziehungen zur Roten Armee ebenso weiterexistierte wie die gemeinsame Frontstellung Deutschlands und Rußlands gegen Polen, auch wenn für die Stresemannsche Außenpolitik die Milderung der Folgen des verlorenen Ersten Weltkrieges auf dem Wege von Verhandlungen mit den Westmächten im Vordergrund stand. Die militärische Zusammenarbeit wurde in dieser Konstellation zur tragenden Säule der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Allerdings änderte diese nicht nur aufgrund technischer und ökonomischer Probleme, sondern auch wegen der gewandelten internationalen Rahmenbedingungen ihren Charakter. Das als Dokument 3 abgedruckte, in der sowjetischen Botschaft in Berlin erstellte Memorandum verdeutlicht diesen Zusammenhang.

---

[44] Ausführlich hierzu Wilhelm Ziehr, Die Entwicklung des „Schauprozesses" in der Sowjetunion. Ein Beitrag zur sowjetischen Innenpolitik 1928–1928, Diss. phil. Tübingen 1970, S. 73–133.

[45] AVP RF, f. 0165, op. 7, p. 140, d. 234, l. 71–78.

[46] Ein erster Bericht eines Zeitzeugen erschien bereits 1953 in dieser Zeitschrift; Helm Speidel, Reichswehr und Rote Armee, in: VfZ 1 (1953), S. 9–45.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

Brief des Bevollmächtigten Vertreters [Botschafters] der UdSSR in Deutschland, Nikolaj N. Krestinskij, an den stellvertretenden Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrats der UdSSR Iossif S. Unšlicht.

1. Februar 1926
Kopien an Gen. Čičerin
Kopien an Gen. Litvinov
Kopien an Gen. Stalin

Sehr geehrter Iossif Stanislavovič,

vor drei Tagen haben Seeckt und Hasse bei mir zu Mittag gegessen. Von unserer Seite waren nur jene Genossen dabei, die bereits früher an Gesprächen mit den genannten Personen und zu den gleichen Themen teilgenommen haben, nämlich: Stomonjakov[47], Jakubovič[48], Lunev[49] und ich. (Während des eigentlichen Essens war auch noch Vera Moiseevna[50] anwesend, die uns anschließend alleine ließ.)

Ich sagte dem General [Seeckt], daß ich während meines Aufenthalts in Moskau mit militärischen und mit der Gesamtführung betrauten Genossen viel über unsere gemeinsame Arbeit mit den Deutschen im Bereich der Militärtechnik gesprochen habe. Die Genossen hätten keinerlei Zweifel am guten Willen der beiden Generale und von Reichswehrminister Geßler geäußert, sähen sich aber genötigt, in Anbetracht der Ergebnisse der dreijährigen gemeinsamen Arbeit zu erklären, daß diese Arbeit fast gar nichts erbracht hat. Ich bezog mich auf die erfolglose Erfahrung mit Junkers, auf die noch nicht beendete, aber von uns ebenfalls als erfolglos eingestufte Erfahrung mit den Gasen, darauf, daß wir keine neue Bestellung für Artilleriegranaten erhalten können und die Fabriken, die eigens für die Erfüllung dieses Auftrags errichtet wurden, werden umstellen müssen, und ferner auf die bürokratische Verschleppung in der Sache mit den [Gas]masken und dem Maschinengewehr[51].

Ich sagte, daß die Moskauer Genossen das Fehlen von Resultaten und die Schwerfälligkeit der Arbeit mit den persönlichen Eigenschaften der Leute erklären, die die Arbeit von

[47] Boris S. Stomonjakov, Mitglied des Kollegiums des NKID (Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten) der UdSSR.

[48] Ignatij S. Jakubovič, Erster Sekretär der Botschaft der UdSSR in Deutschland.

[49] Sergej V. Petrenko-Lunev, Militärattaché der UdSSR in Deutschland.

[50] Ehefrau N. N. Krestinskijs.

[51] Im November 1923 einigten sich GEFU und Metachim auf die Gründung einer deutsch-sowjetischen AG Bersol', außerdem auf die gemeinsame Produktion von Maschinengewehren des von N. von Dreyse entwickelten Modells. Die Tests von kleinen und mittleren Dreyse-MGs wurden 1924–1925 auf dem Schießgelände Kummersdorf in Anwesenheit sowjetischer Vertreter durchgeführt. Im Dezember 1925 wurden die Musterexemplare von Dreyse-MGs über die GEFU nach Moskau bestellt. Die Bestellung wurde jedoch dilatorisch behandelt. Im Rahmen der GEFU-Metachim-Kooperation wurde mit dem Unternehmen „Auer" ein Vorvertrag über die Errichtung der Massenproduktion von Auer-Kampfgasmasken in der UdSSR geschlossen. Das von Auer ausgearbeitete Projekt fand die Sowjetseite nicht zufriedenstellend, und im Mai 1926 beschloß man in Moskau, das Projekt nicht zu genehmigen.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutscher Seite unmittelbar anleiten. Unsere führenden Genossen von der Armee hätten jegliches Vertrauen in diese Leute verloren. Bei uns vertrete man die Ansicht, daß die Einmischung dieser Leute jegliche Übereinkunft mit deutschen industriellen Gruppen erschwert und verteuert. Ich wies darauf hin, daß seinerzeit die „Gefisten"[52] versuchten, die Genehmigung für die Eröffnung eines Konzessionskontors in Moskau zu erhalten. Sie verheimlichten nicht, daß sie von deutschen Firmen Provisionen erhalten und die erwirtschafteten Gelder zum Ausbau ihrer militärischen Unternehmen verwenden wollten. Die Eröffnung eines derartigen Kontors der Gefu sei nicht erlaubt worden, aber es sei natürlich möglich, daß die Gefu-Mitarbeiter an ihren früheren Plänen festhielten und versuchten, ihre Vermittlungsstelle für ihre eigennützigen geschäftlichen Interessen auszunützen. Unsere Regierung halte die Entfernung der heutigen Gefu-Mitarbeiter für eine unerläßliche Voraussetzung für die Aufnahme weiterer gemeinsamer Projekte. Ich verstünde die Schwierigkeit, Leute mit langer Erfahrung und vielen Kenntnissen zu entfernen, aber deshalb strebten wir auch nicht danach, sie aus den alten Angelegenheiten auszuschalten. Wir wollten nur eine neue Form der Arbeit unter Heranziehung anderer Leute für neue Unternehmen.

In Moskau vertrete man den Standpunkt, daß es am angemessensten wäre, wenn sich, wie das zu Zeiten von Skljanskij[53] und Rosengol'c[54] war, die verantwortlichen Leiter der beiden militärischen Ressorts treffen würden. Sie könnten militärpolitische und militärtechnische Fragen beraten, die Richtung der weiteren Arbeit festlegen, neue Leute aussuchen und in Zukunft aufmerksamer ihre Arbeit kontrollieren. Wenn der General[55] der Ansicht zustimme, daß eine solche Begegnung wünschenswert wäre, dann bäte ich ihn zu erklären, wo, wann und wie eine solche Zusammenkunft zu organisieren wäre.

All das habe ich nicht in einem Atemzug ausgeführt, aber ich resümiere einfach und fasse das, was ich als Einführungswort erklärt, und das, was ich später hinzugefügt habe, zusammen. Ebenso werde ich mit der Antwort des Generals verfahren.

Der General ist für ein Treffen. Er tritt, ausgehend von den folgenden Überlegungen, für eine Begegnung in Berlin ein: Seine Bewegungen stehen im Licht der Öffentlichkeit, und es wäre ihm in der nächsten Zeit unmöglich, allein nach Moskau zu fahren. Er möchte aber an der Besprechung persönlich teilnehmen. Weiterhin wechselt General Hasse dieser Tage vom Posten des Chef des Stabes [des Truppenamts] zum Kommandierenden der Einheiten des Wehrkreises Berlin-Brandenburg. Wenn die Gespräche in Moskau stattfänden, dann müßte sie der neue Chef des Stabes führen, der weder unsere Leute, noch die ganze Geschichte der Gespräche und der gegenseitigen Beziehungen kennt. Zu Gesprächen in Berlin jedoch würde im Sinne der Kontinuität auch General Hasse beigezogen werden. Schließlich ist es nach Meinung des Generals auch wichtig, daß ich in Berlin mit dabei bin, weil ich doch seit über vier Jahren mehr oder weniger mit den Gesprächen und der gemeinsamen Arbeit beider militärischen Ressorts befaßt bin und daher bei den Gesprächen auf unserer Seite ebenso ein Element der Kontinuität darstellen kann, wie es

[52] GEFU-Leute. Gemeint sind offensichtlich GEFU-Geschäftsführer Fritz Tschunke und Theodor Eckardt.

[53] Efraim M. Skljanskij, stellvertretender Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrats von 1918 bis 1924.

[54] Arkadij P. Rosengol'c, Mitglied des RKR der Republik, Chef der sowjetischen Luftflotte 1922–1924, Schwiegersohn von Lev D. Trotzki.

[55] Gemeint ist von Seeckt.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beispielsweise General Hasse auf der deutschen Seite darstellt. Was den Zeitpunkt der Gespräche betrifft, so hat der General in nächster Zeit nicht vor, aus Berlin wegzufahren, er ist daher mit jedem Termin einverstanden und stellt es uns anheim, den Termin der Begegnung festzusetzen. Er bittet nur darum, ihn ein paar Wochen vorab zu informieren, damit es möglich ist, die Gesprächspunkte vorzubereiten. Den Ablauf der Gespräche stellt er sich folgendermaßen vor: Bis zur Reise nach Berlin soll bei uns bestimmt werden, in welchen Bereichen des Aufbaus unserer Streitkräfte und vor allem der Ausrüstung wir Unterstützung von den Deutschen erhalten wollten, sowie welche technischen und finanziellen Mittel wir unsererseits in diese gemeinsame Arbeit einbringen können. Die Deutschen klären diese Fragen ihrerseits unter dem Blickwinkel des Bedarfs ihrer Armee und im Hinblick darauf, was sie uns geben können. Aus Moskau reist nicht nur eine der führenden Persönlichkeiten unserer Roten Armee nach Berlin (die Deutschen erwarten Sie als jemanden, der die Sprache beherrscht und bereits lange Zeit an der Spitze des gesamten Versorgungswesens der Roten Armee steht), sondern auch zwei oder drei Spezialisten aus der GAU[56], der VIU[57] oder anderen Abteilungen des Revolutionären Kriegsrats. Die Gespräche beginnen mit einem allgemeinen Meinungsaustausch zwischen Ihnen und Seeckt, an dem noch jeweils maximal ein bis zwei verantwortliche Personen (beispielsweise von ihrer Seite Hasse und der neue Chef[58] des Generalstabs[59]) teilnehmen könnten; anschließend beraten die technischen Assistenten im Lauf von zwei bis drei Tagen mit dem Chef des Waffenamtes der Reichswehr und den Leitern der entsprechenden Abteilungen des Waffenamtes die im ersten Gespräch aufgeworfenen konkreten technischen Fragen. Nach dieser Vorbereitung sollen in neuerlichen Gesprächen zwischen Ihnen und dem General die Ergebnisse zusammengefaßt werden. Sollte nach dieser Besprechung eine technische und juristische Nachbereitung erforderlich sein, dann folgt das abschließende Gespräch danach. Für die ganze Angelegenheit ist ein ungefähr einwöchiger Aufenthalt hier erforderlich. Es kann natürlich auch der Fall eintreten, daß etwas mehr Zeit vonnöten ist, aber kaum mehr als zehn Tage.

Sich der Vergangenheit und zum Teil der Gegenwart unserer Beziehungen zuwendend, wies der General darauf hin, daß sich ihre Mitarbeiter sehr stark über das Verhältnis zu unseren Leuten aus der „Metachim"[60] beklagen und daß es schwierig wäre, die Leute auf einer Seite auszutauschen und auf der anderen nicht. Ich antwortete, daß es bei einem Gespräch des Generals mit Ihnen durchaus möglich sein wird, die Frage der Heranziehung neuer Leute auch von unserer Seite zu stellen. Das bedeutet keinesfalls, daß wir mit den Vorwürfen der Leute aus der „Gefu" gegen unsere Mitarbeiter einverstanden sind, aber wir verstehen, daß man an derartige Fragen nicht mit einseitigen Forderungen herantreten kann, sondern daß es notwendig ist, sich auch gegenüber den Wünschen der anderen Seite aufgeschlossen zu verhalten.

---

[56] Glavnoe artilleriskoje upravlenie RVS (Artilleriehauptverwaltung des RKR).

[57] Voenno-inženernoe upravlenie RVS (Militärtechnische Verwaltung des RKR).

[58] Gemeint ist Generalmajor Georg Wetzel, der das Truppenamt 1926 als Nachfolger von O. Hasse leitete.

[59] Gemeint ist das Truppenamt. Einen Generalstab durfte die deutsche Armee laut Versailler Vertrag nicht unterhalten.

[60] Sowjetisches Rüstungsunternehmen. Aktiengesellschaft für Herstellung metallener und chemischer Erzeugnisse.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Angelegenheit der Maschinengewehre sagte der General, daß sie daran unmittelbar interessiert seien, sofern in unserer Armee einheitliche Kaliber eingeführt würden und sie somit von uns den Gegenwert der uns übergebenen Ausrüstung und des uns überlassenen Patents in Form fertiger Maschinengewehre bekommen könnten. Leider sind die Kaliber verschieden, und für beide Armeen ist es technisch und aus ökonomischen Gründen gegenwärtig unmöglich, die Kaliber zu verändern. Es würde sich technisch kaum lohnen, wenn wir gleichzeitig Maschinengewehre mit zwei verschiedenen Kalibern für uns und für die Deutschen produzieren würden. Deshalb sind die Deutschen an der Organisation der Maschinengewehrproduktion bei uns nur insofern unmittelbar interessiert, als sie eine Stärkung der Kampfkraft unserer Roten Armee wünschen. Für die Ausrüstung und das Patent, die sie uns natürlich nicht schenken können, steht ihnen eine finanzielle Entschädigung zu. Aber der General hält es für möglich, daß man es vielleicht so einrichten kann, daß sie nicht Bargeld von uns nehmen, sondern uns in der Höhe der von uns zu entrichtenden Summe einen neuen Auftrag für Artilleriemunition erteilen. Diese Frage bedarf natürlich einer Überprüfung, in erster Linie einer Klärung, inwieweit wir die Preise für Artilleriemunition im Vergleich zur ersten Bestellung senken können.

Der General ist nach wie vor an der Errichtung der Flugzeugproduktion interessiert und hofft, daß die Gespräche von „Junkers" mit uns, die auf neuen Grundlagen geführt werden, ein positives Resultat ergeben werden.

Für schwerwiegender halten die Generale, insbesondere Hasse, unsere Meinungsverschiedenheiten in der Gasangelegenheit. Sie weisen jedoch den Vorwurf zurück, daß sie bei der Auswahl des technischen Leiters nicht aufmerksam gewesen seien. Sie hätten sich an Professor Haber[61], der zweifellos der weltbeste Spezialist in dieser Frage ist, mit der Bitte gewandt, ihnen einen seiner Schüler zu empfehlen, und dieser habe ihnen Stoltzenberg als seinen fähigsten und geeignetsten Schüler empfohlen. Sie wüßten nicht genau, was es in Spanien für eine Geschichte mit Stoltzenberg gab, weil militärische Stellen zu diesem Unternehmen keinerlei Beziehungen hatten. Die von Stoltzenberg in der Nähe von Hamburg errichtete Fabrik existiere und arbeite. Sie produziere keine Kampfgase, weil das in Deutschland verboten sei. Diese Fabrik könne, um Gefährdungen der benachbarten Bevölkerung zu vermeiden, nur bei bestimmten Wetterlagen und Windrichtungen arbeiten. Alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen treffe Stoltzenberg auch bei der Inbetriebnahme von Fabriken in Rußland. Die Deutschen bitten, diese probeweise Inbetriebnahme nicht zu behindern und von der Reichswehr nicht die vorherige Übernahme der gesamten Verantwortung für mögliche Unfälle zu verlangen. Sie sind überzeugt, daß die Ergebnisse des Probebetriebs günstiger ausfallen werden als wir denken.

Gen. Lunev antwortete, daß es von unserer Seite keine Hindernisse für die Inbetriebnahme der Fabrik gebe, worüber die in Rußland befindlichen Gefu-Mitarbeiter in Kenntnis gesetzt worden seien.

Ich schreibe nicht detaillierter über unser Gespräch, da das wahrscheinlich Gen. Lunev tun wird. Ich schreibe auch nicht über die anderen Themen, die wir berührt haben, denn wir sprachen ziemlich eingehend über deutsche Kredite für unsere Bestellungen und über die Gerüchte über eine amerikanische Anleihe für Polen, die von Amerika über Deutschland abgewickelt werden soll (siehe den letzten Brief von Gen. Raevskij). In der Frage der deutsch-russischen Kredite war der General mit der Argumentation von Sto-

[61] Fritz Haber, Chef der deutschen Kampfgasforschung im Ersten Weltkrieg, Nobelpreisträger für Chemie.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

monjakov einverstanden. Was die Frage der amerikanisch-deutschen Anleihe für Polen betrifft, so hielt er diese Idee für unwahrscheinlich und den deutschen Interessen widersprechend, weil auf diese Weise der polnische Korridor verewigt werden würde: Der Bau einer Parallelstrecke durch den Korridor seitens der Deutschen würde bedeuten, daß die Deutschen sich damit abfinden, daß der Korridor auf lange Sicht polnisches Territorium bliebe.

Meine Meinung ist, daß Sie, Iossif Stanislavovič, der Reise nach Berlin zustimmen sollten, wobei Sie diese Unternehmung nicht auf die lange Bank schieben, sondern sie am besten am Ende dieses Monats realisieren sollten. Ich bin deshalb für eine Beschleunigung, weil meiner Meinung nach Ihre Anwesenheit in Berlin und die Tatsache, daß Sie geschäftliche Besprechungen mit dem General führen, ein günstiges Klima für die Beschleunigung und die Verbesserung der Bedingungen für unsere wirtschaftlichen und politischen Verhandlungen mit den Deutschen schaffen.

Mit kameradschaftlichem Gruß
N. Krestinskij

(Quelle: AVP RF, f. 04, o. 13, p. 90, d. 50186, ll. 6–11)

Dokument 2

Denkschrift über die Ergebnisse der Verhandlungen der sowjetischen Militärdelegation unter der Leitung von Iossif S. Unšlicht mit dem Oberkommando der Reichswehr.

23.–30. März 1926

Damit man sich eine allgemeine Vorstellung von den vom 23. bis 30. März geführten Verhandlungen machen kann, werden ihre Ergebnisse auf folgende Weise kurz zusammengefaßt:

Die sowjetische Seite hat die Erklärung von Herrn General von Seeckt zur Kenntnis genommen, daß künftig bei den bilateralen Beziehungen und deren Aufrechterhaltung keine Vermittlerorganisationen mitwirken werden, die außerhalb der Militärbehörden beider Parteien stehen.

Es wurde vereinbart, daß alle Verhandlungen unmittelbar durch die höchsten Militärorgane beider Seiten geführt werden. In Berlin werden solche Fragen von Herrn General von Seeckt gelöst, in Moskau vom stellvertretenden Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrates der Union, Genossen Unšlicht. Die Verbindung wird in Berlin durch den Militärattaché bei der bevollmächtigten Vertretung der UdSSR, Genossen Lunev, aufrechterhalten, in Moskau durch den bevollmächtigten Vertreter des Reichswehrministeriums, Oberst Lieth-Thomsen.

Im Laufe der Verhandlungen sind folgende Ergebnisse zu einzelnen Themen erzielt worden:

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I. FRAGEN ZUR ARTILLERIE

1. Der Vorschlag der Sowjetischen Seite über den Aufbau der Dreyse-Produktion auf der Basis einer gemeinsamen Arbeit mit dem [privaten] Kapital wurde von der Deutschen Seite abgelehnt.

Der Vorschlag der Sowjetischen Seite über die Besichtigung eines Maschinenparkes in Schweden wird von der Deutschen Seite erneut in Erwägung gezogen ebenso wie die Frage über die rechtzeitige Lieferung von Dreyse-Maschinengewehrmustern, die „GEFU" bereits im Dezember 1925 bestellt hat. Nach Klärung beider Fragen wird die Antwort durch den Genossen Lunev übergeben.

2. Der Vorschlag der Deutschen Seite über die Errichtung einer Panzerschule wurde durch die Sowjetische Seite akzeptiert.

3. Der Vorschlag der Sowjetischen Seite, mit privatem Kapital eine gemeinsame Fertigung von Motoren und Panzern in Rußland aufzubauen, wurde von der Deutschen Seite abgelehnt. Die Motive dafür sind das Fehlen von Mitteln, Mustern und verschiedene andere Gründe. Darüber hinaus erklärte die Deutsche Seite, daß sie mit Motoren versorgt sei und es keinen Sinn gäbe, die genannte Herstellung nach Rußland zu verlegen.

Die Entscheidung über den Vorschlag der Sowjetischen Seite, gemeinsam eine Schwerartillerieproduktion aufzubauen, ist von der Deutschen Seite vorläufig verschoben worden.

Die Sowjetische Seite verpflichtet sich, die Klärung von Fragen, wie der Standortsuche, der Feststellung von vorhandenen bzw. notwendigen Maschinen und Anlagen sowie der Ausgaben usw. fortzusetzen. Die Deutsche Seite verpflichtet sich, ihre Kontakte mit Industriellen weiterhin zu vertiefen, um Möglichkeiten der beiderseitigen Beteiligung an der Herstellung zu schaffen.

4. Die Bestellung von Granaten hat die Deutsche Seite vorläufig abgelehnt.

5. Die Frage der gegenseitigen Teilnahme an Manövern, Feldreisen u. a. ist geregelt worden.

II. FRAGEN DER MARINEBEHÖRDE

1. Die Deutsche Seite zeigte sich zwar sehr interessiert an unserem Vorschlag über die Zusammenarbeit (d. h. über die Kapitalbeteiligung) bei der Werft in Nikolaev sowie an einem Auftrag an diese zum Bau von U-Booten, Wachschiffen und Schnellbooten, lehnte ihn aber aufgrund der schwierigen finanziellen Lage ab.

2. Die Deutsche Seite erklärte, daß sie sehr daran interessiert sei, daß die UdSSR gute U-Boote besitze.

Zu diesem Zwecke übergibt die Deutsche Seite der Sowjetischen Seite die vollständigen Unterlagen, Projekte, Werkzeichnungen, Spezifikationen, Patente, Erfindungen im Bereich der U-Boote, die auf der Grundlage der während des Krieges gesammelten Erfahrungen und von Forschungen in der Nachkriegszeit sowohl direkt im Konstruktionsbüro der Marinebehörde (Marinewartung) als auch in den direkt oder indirekt mit der Marinebehörde verbundenen Firmen und Büros (Ingenieurskantoor voor Scheepsbouw u. a.) erarbeitet worden sind.

Zur Frage der gebührenfreien Übergabe aller dieser Unterlagen verspricht die Deutsche Seite, alle Möglichkeiten zu klären und anschließend eine Antwort zu geben.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III. FRAGEN DER LUFTWAFFE

1. Die Frage „Junkers". – Angesichts der Erklärung der Deutschen Seite, daß es für sie nicht möglich sei, sich in die Verhandlungen mit einer privaten Firma einzumischen, erklärte die Sowjetische Seite, daß sie unter solchen Umständen die Verhandlungen mit der Firma „Junkers" selbständig weiterführen wird.
2. Lipeck. – Die deutschen Vorschläge über die Erweiterung der Schulen in Lipeck wurden durch die Sowjetische Seite angenommen.

IV. FRAGEN DER OPTIK, DES INGENIEURSWESENS, DES RUNDFUNKS, DES SCHEINWERFER- SOWIE DES TELEFON- UND TELEGRAFENWESENS

Die Deutsche Seite erklärte, daß sie kein Interesse an dem Aufbau einer gemeinsamen Produktion im Bereich der oben erwähnten Militärtechnik auf dem Territorium der UdSSR habe, da ihre Streitkräfte in dieser Hinsicht gut versorgt seien. Sie bot lediglich die Vermittlung bei den Verhandlungen mit Privatunternehmen an.

Im Verlaufe der Verhandlungen wurde festgestellt, daß eine Zusammenarbeit in folgenden Bereichen möglich ist:

1. Austausch von technischen Dokumentationen über die zur Aufrüstung bewilligten Geräte.
2. Wechselseitige Teilnahme an konstruktiven Maßnahmen auf Truppenübungsplätzen und in Laboratorien.
3. Unterstützung beim Erwerb von verschiedenen Geräten sowie Mustern bei Privatunternehmen.
4. Austausch von Mustern verschiedener militärischer und anderer technischer Geräte, insbesondere Tausch von Infanteriebrücken. Das Muster einer Artilleriebrücke wird von der Deutschen Seite zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt.

V. CHEMISCHE FRAGEN

1. „Bersol'"

Die Sowjetische Seite akzeptiert den Vorschlag der Deutschen Seite, die Frist der Inbetriebnahme und vertraglichen Übergabe der Fabrik um einen weiteren Monat zu verlängern. Diese Frist wird folglich auf den 1. Mai 1926 festgelegt.

Die Sowjetische Seite betrachtet es als mit der Deutschen Seite abgestimmt, daß die Leitung der Fabrik sowie ihre weitere Umrüstung gänzlich in die Hände der Sowjetischen Seite übergehen, falls die Fabrik zur genannten Frist nicht in Betrieb gesetzt wird, und zwar mit einer Produktionskapazität von 3,8–4 Tonnen Lost[62] pro Tag. Die Umrüstung erfolgt auf Kosten der Deutschen Seite.

[62] Senfgas, Yperit.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Sowjetische Seite hält den von der Deutschen Seite bestimmten Maximalbetrag für viel zu niedrig und besteht darauf, diesen Betrag auf 2 Mill. Mark festzusetzen, denn nur ein solcher Betrag ermöglicht mit Sicherheit eine rationelle Ausstattung der Anlagen T. und N. Die Hälfte dieses Betrages soll die Deutsche Seite bei der Übernahme der Leitung durch die Sowjetische Seite anzahlen. Die über die Anzahlung hinaus ausgegebenen Beträge werden von der Deutschen Seite nach der Inbetriebnahme durch die Sowjetische Seite gedeckt. Die Produktionskapazität soll mindestens 3,8 bis 4 Tonnen Lost pro Tag betragen.

Die Deutsche Seite bittet, ohne eine endgültige Antwort auf den Vorschlag der Sowjetischen Seite zu geben, um einen Kostenvoranschlag für die Umrüstung, damit sie eine endgültige Entscheidung treffen kann.

Zum heutigen Zeitpunkt erklärt sich die Deutsche Seite bereit, 1 Mill. Mark zu bewilligen, wobei 300 000 Mark als Anzahlung und der Restbetrag nach der Inbetriebnahme durch uns ausgezahlt wird.

Die Sowjetische Seite schlägt vor, in Ivo[63] die Installierung einer Diphosgenanlage mit einer Produktionskapazität von 3,5–4 Tonnen pro Tag in Angriff zu nehmen. Dafür sind etwa 1 Mill. einschließlich Gebäude notwendig. Die Geldmittel dafür werden je zur Hälfte von der Deutschen und Sowjetischen Seite bereitgestellt.

Die Deutsche Seite zeigt Interesse an diesem Vorschlag, verschiebt aber die konkrete Entscheidung so lange, bis die Kosten der Inbetriebnahme sowie eines möglichen Umbaus der „Bersol'"-Fabrik festgesetzt werden.

2. Aerochemische Tests

Die Sowjetische Seite betrachtet den folgenden Orientierungsplan sowie die Bedingungen der Durchführung der gemeinsamen aerochemischen Tests als mit der Deutschen Seite vereinbart:

Bedingungen:

Die Deutsche Seite verpflichtet sich, auf eigene Rechnung folgende Fachleute zum Versuchsort kommen zu lassen:

1. Versuchsleiter 1
2. Physiker 1
3. Chemiker 1
4. Meteorologe 1
5. Physiologe 1
6. Arzt 1
7. Assistenten verschiedener Fachgebiete 4
8. Technisches Personal 2

sowie die notwendigen Flugzeuge mit entsprechender Apparatur.

Die Sowjetische Seite verpflichtet sich, für die Versuche dieselbe Zahl von Fachleuten sowie das ganze notwendige Bedienungspersonal auf eigene Kosten zur Verfügung zu stellen.

Alle Ausgaben, die mit der Durchführung von Tests zusammenhängen (Anschaffung von OV[64], Tieren und Tierhaltung u. a.), werden von beiden Seiten je zur Hälfte gedeckt.

[63] Ivaščenkovo.

[64] Otravljajuščie veščestva (Giftstoffe).

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf dieselbe Weise werden die Ausgaben für die Schaffung eines Versuchsgeländes sowie für den Transport von Flugzeugen und Apparaturen zum Versuchsort hin gedeckt.

Orientierungsplan

Die Sowjetische Seite wird der Deutschen Seite bis Ende April Informationen über den voraussichtlichen Versuchsort sowie einen Orientierungsvoranschlag liefern.

Die Deutsche Seite wird ihre Antwort eine Woche nach Erhalt des Projekts geben. Im Falle der Zustimmung zu dem Projekt läßt die Deutsche Seite ihre Fachleute und Geräte spätestens bis zum 1. August zum Versuchsort kommen.

Zu diesem Termin soll die Sowjetische Seite die wichtigsten Arbeiten abgeschlossen haben, die für den Beginn der Tests unerläßlich sind.

3. Auer-Gasmasken

Hinsichtlich der Auer-Gasmasken übernimmt die Deutsche Seite alle Verpflichtungen der „GEFU".

(Quelle: AVP RF, f. 0165, o. 5, p. 123, d. 146, ll. 107–111)

Dokument 3

Memorandum[65]

1. Unsere bilateralen Beziehungen mit den Freunden[66] sind revisionsbedürftig, da sich die auswärtigen Beziehungen sowohl des heutigen Deutschlands als auch der UdSSR grundlegend verändert haben.
2. Die Hauptidee der Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien bestand für uns darin, ausländisches Kapital zum Zwecke der Steigerung der Verteidigungsfähigkeit des Landes heranzuziehen; für sie ergab sie sich aus der Notwendigkeit, über eine absolut geheime Basis für die illegale Aufrüstung verfügen zu können. Dabei waren wir weniger als sie an Geheimhaltung interessiert.
3. Die Zusammenarbeit auf dieser Ebene hat die Erwartungen beider Parteien nicht vollständig erfüllt. Wir haben lediglich eine partiell geeignete Ausrüstung der bekannten Unternehmen erhalten, die erst nach umfangreichen Umbauarbeiten zur Anwendung geeignet sein kann. Sie haben alle ihre Mittel verschwendet, sich dabei blamiert, jedoch haben sie diese Unternehmen für andere politische Spekulationen genutzt und auf diese Weise ihr Ansehen bei den Entente-Staaten bis zur jetzigen Höhe zu steigern vermocht.
4. Die gegenwärtige Situation ist für beide Seiten durch eine Festigung ihrer internationalen Positionen gekennzeichnet. Für Deutschland ist das besonders wichtig. Die allmähliche Lockerung seiner unmittelbaren politischen Abhängigkeit von den Entente-Staaten, die Erwerbung eines gewissen Stimmrechts im Völkerbund läßt immer weniger Platz für illegale Aufrüstung. Die Möglichkeit, dieselben Ergebnisse auf dem legalen Weg zu erzielen, ohne dafür zur Kapitalausfuhr u. ä. zu greifen, erscheint zunehmend realistischer.

[65] Das Memorandum wurde in der Botschaft der UdSSR in Deutschland im Januar 1927 (ohne Empfänger und Unterschrift) zusammengestellt.

[66] Gemeint sind die deutschen Militärs.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

5. Höchst symptomatisch dafür sind sowohl der bereits erfolgte Rücktritt Seeckts als auch der bevorstehende Rücktritt Geßlers sowie die ganze Kampagne zur „Republikanisierung" der Reichswehr. All das sind Indizien für die Kapitulation der aktivistischen Gruppen der Ostorientierung. Der Einfluß der westlich orientierten Aktivistengruppen (Rechberg, Mahraun[67]) ist wohl kaum gestiegen, zweifellos ist aber, daß Stresemann jetzt die *ganze* deutsche Politik bestimmt und seine Vertragstaktik ausschlaggebend ist.
6. Es wäre aber falsch zu glauben, daß Deutschland ganz auf illegale Möglichkeiten verzichtet, seine Verteidigungsfähigkeit zu steigern. Mit der Zunahme ihres Einflusses hoffen deutsche Diplomaten zwar, ihre Ziele auf dem Wege der direkten Verhandlungen zu erreichen, Stresemann verzichtet aber zweifelsohne nicht darauf, einige illegale Möglichkeiten für einen schwarzen Tag, für den Fall eines Mißerfolgs, oder vielleicht auch als großen Trumpf zu haben. Dabei ist ihnen wichtig, daß zwei Bedingungen erfüllt werden: Erstens, daß die Zahl derer, die in diese Sache einbezogen sind, so klein wie möglich ist (nämlich um das Recht der Bekanntmachung nicht der Willkür des Schicksals zu überlassen, sondern in eigenen Händen zu halten); und zweitens, daß dies der Regierung keine großen Unkosten bereitet (Experimente mit verdeckter Aufrüstung aller Art waren ihnen eine Lehre).
7. Was die wahrscheinliche Einstellung der Deutschen zu Hilfen von uns betrifft, ist ein Unterschied in ihren Haltungen zur Kooperation in puncto Landstreitkräfte und in puncto Marine festzustellen. Während sie im Hinblick auf die Landstreitkräfte an unserer Schwächung überhaupt nicht interessiert sind, sondern ihre direkten Interessen auf unsere Stärkung zielen (solange wir keine gemeinsame Grenze haben und sie bei jeglichen Konflikten ihre Neutralität bewahren können), liegen die Dinge bei der Marineaufrüstung völlig anders. Hier würde uns unsere Stärkung einen Ausgang aus dem Finnischen Meerbusen verschaffen und würde die Deutschen folglich vor die Notwendigkeit stellen, im Falle eines Konfliktes, den wir mit Dritten haben, eine bestimmte Position einzunehmen (ganz zu schweigen von den anglophilen Tendenzen in ihrer Flotte). Selbstverständlich ist diese Verhaltensrichtlinie nicht langfristig festgelegt, aber man muß jetzt damit rechnen.
8. Unterschiede in der Einstellung der Deutschen uns gegenüber sind einerseits in bezug auf unsere westlichen und nahöstlichen Nachbarn (siehe oben) und andererseits in bezug auf die fernöstlichen, insbesondere Japan und China festzustellen. Hier sind die Deutschen an unserer Stärkung nicht interessiert, denn sie hoffen darauf, eine selbständige Politik zu betreiben oder vielleicht sogar ihren Einfluß in China auf unsere Kosten zu stärken. Auch wenn diese Taktik nur von einer kleinen Gruppe ausgeht, so bestimmt sie doch im wesentlichen die Politik der Deutschen uns gegenüber im Osten.
9. Unsere Taktik den Deutschen gegenüber bleibt nur im Prinzip unverändert: es gilt, unsere Verteidigungsfähigkeit mit ihrer Hilfe zu steigern, ohne sie in unsere Armeeorganisation eindringen zu lassen. Praktisch sollten wir aber, ausgehend von dem oben erwähnten, unsere Wege gründlich überprüfen.
10. Bei unserer Hauptaufgabe, der Stärkung der materiellen Basis der RKKA, sinkt die Bedeutung der Reichswehr insofern, als sie tatsächlich über keine ausreichenden Mittel

[67] Arnold Rechberg, Industrieller und politischer Publizist; Arthur Mahraun, Führer des Jungdeutschen Ordens. Beide waren exponierte Vertreter einer eindeutigen Westorientierung Deutschlands. Insbesondere Rechberg war durch seine Pläne eines Militärbündnisses mit den Westmächten gegen die UdSSR bekannt geworden.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dafür verfügt. Es muß zugegeben werden, daß die Versuche des Reichswehrministeriums, bei unseren Beziehungen mit Privatfirmen zu vermitteln, nicht nur nutzlos, sondern zuweilen geradezu schädlich sind, da sie auf die Einrichtung einer Kontrolle über unsere Kontakte, Entsendung ihrer Leute unter dem Deckmantel der Firmen usw. hinauslaufen.

11. Uns bleibt folgendes zu tun: 1) die taktischen und die operativen Erfahrungen der Deutschen im Weltkrieg sowie ihre weitere Verwertung dieser Erfahrungen zu nutzen; 2) die deutschen Methoden des Stabsdienstes zu nutzen; 3) einige bei ihnen hochentwikkelte technische Mittel und Methoden (Nachrichtenwesen, Luftwaffe, Artillerie) zu nutzen. All diese Daten soll und kann man sowohl durch Agententätigkeit als auch durch die Entwicklung eines Systems von Dienstreisen unserer Leute zu ihnen erhalten.

12. Im Austausch dafür können wir ihnen die mit Lipeck und Kazan' anvisierten Möglichkeiten unter folgenden Bedingungen zur Verfügung stellen: 1) daß wir sie in unsere Armeeorganisation nicht eindringen lassen, indem wir entweder territorial oder zeitlich ihre Unternehmungen begrenzen; 2) daß wir keine Kosten, die mit diesen Vorhaben verbunden sind, auf uns nehmen.

13. Es muß erwähnt werden, daß unsere Taktik nach außen hin keinen Änderungen unterworfen sein soll, so daß die Freunde weiter die Überzeugung haben sollen, daß wir an ihrer materiellen Unterstützung weiterhin interessiert seien. Das wird sie dazu bringen, einen für uns günstigen Einfluß auf die entsprechenden staatlichen Behörden auszuüben.

14. Besondere Vorsicht ist in den Marinefragen geboten. Eine Zusammenarbeit in Marinefragen müssen wir sabotieren und sie hauptsächlich darauf begrenzen, daß wir unsere Leute hierher schicken und technische Zeichnungen bekommen u.ä. Auf keinen Fall dürfen wir ihre Fachleute für eine längere Periode in unsere Marineorgane hereinlassen. Das einzige, was wir ihnen zugestehen können, ist, ihnen unsere Gewässer zu Übungszwekken für U-Boote sowie für Versuchsfahrten ihrer Schiffe unter Beteiligung von Mannschaften unserer Seite zur Verfügung zu stellen.

15. Praktisch kann die Arbeit ungefähr folgendermaßen ausgeführt werden:

A) Wir geben ihnen die Möglichkeit, Panzer-, Luft-, Chemiewaffen-, Unterseeboots-, Photogrammetrieschulen sowie Laboratorien und Versuchsstationen, angegliedert an solche Ausbildungseinrichtungen oder separat, wie z.B. eine Artillerieversuchsstation für Flugabwehr- und Ferngeschützfeuer oder solche für Rundfunk und Fernleitung, auszustatten und zu entwickeln.

B) Von ihnen bekommen wir das Recht, unsere Fachleute zu allen Kursen und in alle für uns wichtige Institutionen, Manöver, Lehrveranstaltungen, Feldreisen usw. zu schicken, *sie zu Armee- und Marineeinheiten abzukommandieren*, (wie dies Schweden und Finnen tun).

C) Wir organisieren gemeinsame Besprechungen von operativen Fragen (z.B. „ein möglicher Plan des strategischen Aufmarsches der Baltischen Staaten und Polens"). Man braucht keine Angst vor solchen Gesprächen zu haben, wenn man sich gut darauf vorbereitet und sich über die Aufklärungs- und Desinformationstaktik einigt.

D) Wir üben weiterhin im Rahmen der früheren wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf sie Druck aus, ohne dabei in irgendeiner Weise mit Erfolg zu rechnen.

E) Wir übernehmen die bereits bestehenden Unternehmen („Bersol'" und „Junkers") in eigene Regie wie es bereits durch die leitenden Instanzen in Aussicht genommen ist (selbst wenn die Freunde auch an „Bersol'" hingen, so hätte es keinen Nutzen für uns, denn sie haben ohnehin kein Geld).

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

F) Das Geschäft mit Dreyse sollten wir, falls es uns noch interessiert, auf dem Wege direkter Verhandlungen mit dem Unternehmen durchführen, wobei wir diese Verhandlungen nicht demonstrativ unter Ausschluß des Reichswehrministeriums führen, aber auch nicht um Unterstützung bei ihm bitten sollten. Falls das Reichswehrministerium wieder anbieten sollte, das entsprechende Werk auszustatten, dann sollten wir mit ihm verhandeln, als ob es ein gewöhnlicher Lieferant wäre und ohne Zugeständnisse aus politischen Gründen zu machen.

16. Diese Änderung unserer Taktik sollten wir ihnen zu verstehen geben, indem wir von uns aus ein Gespräch über den Punkt B des vorhergehenden Absatzes vorschlagen. (Sie versuchen seit langem, das zu erreichen, und werden die Wiederaufnahme [der Gespräche] unsererseits als ein günstiges Symptom auffassen.) Insbesondere ist es wichtig, dies *genau jetzt* zu tun, denn das wird eine psychologische Hilfe für die Gruppierungen sein, die uns unterstützen und die zur Zeit von allen Seiten systematisch angegriffen werden. Es besteht die Gefahr, daß diese Gruppierungen unter dem Druck von außen und von innen ihre Orientierung ändern werden, und dann würden wir alle unsere Unternehmungen streichen müssen.

17. Hinsichtlich der Frage des Austausches von Aufklärungsdaten können wir in Zusammenhang mit den Gesprächen über die vorhergehenden Absätze in einer für uns günstigen Weise Druck auf sie ausüben.

18. Der eben erhaltene Auszug aus der „Vossischen Zeitung" bestätigt meines Erachtens noch einmal die Richtigkeit der aufgestellten Thesen.

(Quelle: AVP RF, f. 0165, o. 5, p. 123, d. 146, ll. 165–169)

Dokument 4

Brief des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Deutschland, Nikolaj N. Krestinskij, an den Stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Maxim M. Litvinov.

18. Januar 1927

Eine Kopie an den Genossen Unšlicht

Nr. 67/s

Aus Ihren Briefen sowie aus den Mitteilungen, die wir über die Kanäle des Genossen Lunev erhalten, ersehe ich, daß die Militärbehörde beabsichtigt, allmählich den Kontakt mit der deutschen Militärbehörde völlig einzustellen.

Ich würde diese Einstellung verstehen, wenn sie von parteipolitischen Überlegungen prinzipieller Art diktiert wäre, d.h. im Falle, daß die Instanz [so wurde das ZK der VKP(B) genannt, Anm. d. Vfs.] entschieden hätte, daß es für uns unangebracht wäre, angesichts der wiederaufkommenden imperialistischen Stimmung in Deutschland die Arbeit unserer Militärbehörden [Volkskommissariat für das Kriegswesen und Reichswehrministerium, Anm. d. Vfs.] in irgendeiner Weise zu koordinieren.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Soweit ich aber erkennen kann, läßt sich die Einstellung der Militärbehörde nicht durch diese prinzipiellen Überlegungen erklären, sondern dadurch, daß Deutschland nach Meinung unserer Militärs allmählich in das Fahrwasser der englischen Politik gerät.

Wenn ich mich nicht irre und wenn die Ursachen für den durch die Militärbehörde im voraus beschlossenen Abbruch der Verbindung mit der Reichswehr eben diese sind, so muß das NKID [Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten] meiner Meinung nach entschieden gegen eine solche Politik kämpfen.

Worin besteht die Zusammenarbeit mit der Reichswehr und worin kann sie künftig bestehen? Die Fliegerschule, die Panzerschule, andere Schulen, verschiedene Arten von militärischen Labors usw., die Deutsche bei uns einrichteten, unsere Teilnahme an den deutschen Manövern, die Abkommandierung unserer roten Kommandeure zu den deutschen militärischen Lehranstalten, die Anwesenheit deutscher Offiziere bei unseren Manövern.

Für uns ist unsere Präsenz bei den deutschen Manövern sowie bei Vorlesungen an deutschen Akademien, die Kenntnisnahme der verschiedenen technischen Errungenschaften der deutschen Armee sehr nützlich. Dies gaben ausnahmslos alle Genossen des Militärs zu, die hier zu Besuch waren. Der Nutzen wird noch größer sein, wenn wir frühzeitig alle zu Manövern abzukommandierenden Offiziere noch sorgfältiger aussuchen und ihnen anordnen, sich im voraus etwas besser vorzubereiten, damit sie imstande sind, mehr von den deutschen Errungenschaften zu lernen.

Das, was wir den Deutschen im Austausch anbieten, kostet uns nichts, denn sie bezahlen alles aus eigener Tasche, und es ist außerdem sehr leicht, einen unauffälligen Ort im tiefen Hinterland der UdSSR für jede Art von Schulen und andere kleine deutsche Einrichtungen zu finden.

Es könnte nur einen einzigen Einwand geben, und zwar den, daß die Deutschen bei uns für die Engländer spionieren. Aber ich glaube, daß die Militärbehörde und unsere Nachbarn [Kriegskommissariat und Politische Hauptverwaltung (OGPU)] dies nicht ernsthaft behaupten würden. Denn für die Engländer zu spionieren, bedeutet Spionage zugunsten Polens. Und zwischen Polen und Deutschland besteht keine Freundschaft, und es wird noch lange nicht zu einer Freundschaft kommen. Ich glaube nicht an die Möglichkeit einer friedlichen Lösung der polnisch-deutschen Frage. Die gegenwärtige Situation, bei der Deutschland und Polen zwar keinen Krieg miteinander führen, aber ein sehr gespanntes Verhältnis zueinander haben, wird noch über Jahre hinweg andauern. Während dieser ganzen Zeit wird Deutschland eine Verbindung zu uns benötigen für den Fall, daß es zu Komplikationen mit Polen kommen sollte. Aus diesem Grunde werden die deutschen Militärs gewiß keine Angaben über unsere Armee durch die Engländer an die Polen vermitteln.

Im allgemeinen halte ich es übrigens für ausgeschlossen, daß sich die Deutschen im Falle eines englischen Angriffs gegen uns auf die Seite Englands stellen würden. Ein bewaffnetes Einschreiten in jedwedem Konflikt, ob mit oder ohne unsere Beteiligung, werden die Deutschen nicht unternehmen. Wenn sie sich so eng mit England verbünden würden, daß sie bereit wären, England bei einem Konflikt mit uns militärisch oder sonstwie aktiv zu unterstützen, dann würden sie nicht ihre Flugzeuge bei uns unterhalten und ihre Schulen bei uns einrichten. Diese Möglichkeiten hätten ihnen dann die Engländer bei sich zur Verfügung gestellt. Es ist noch nicht soweit gekommen und es wird nicht soweit kommen. Die Deutschen wollen keineswegs eine Marionette der Engländer sein, sie wollen ihre eigene Politik führen, und ihre wirtschaftliche Lage und insbesondere die Perspektiven der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung lassen sie mit Recht darauf hoffen, nicht

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur eine von England unabhängige Außenpolitik führen zu können, sondern auch ein einflußreicherer Faktor in der internationalen Politik als England selbst zu werden. Ein Bündnis mit England und die Hilfe Englands benötigen die Deutschen für die nächsten zwei Jahre, aber auf lange Sicht brauchen die Deutschen uns in unserer Eigenschaft als Handelspartner für die deutsche Industrie und als Widerpart gegenüber England viel mehr als England.

Es scheint mir, daß wir bei all unseren politischen Prognosen diesen Aspekt nicht berücksichtigen und daß wir die Großmachtpläne Deutschlands unterschätzen.

Bezugnehmend auf die am Anfang des Briefes aufgeworfene praktische Frage, bitte ich Sie, gegen die Idee des Abbruchs jeglicher Kontakte mit den deutschen Militärs zu kämpfen. Unter demselben Gesichtspunkt bitte ich Sie, die Frage über die Reise von Seeckt[68] positiv zu lösen. Diese Frage sollte keine besonderen Einwände seitens des Genossen Unšlicht hervorrufen, denn ausgerechnet von Seeckt wird er kaum verdächtigen, mit den Engländern verbündet zu sein.

Mit kameradschaftlichem Gruß
N. Krestinskij

(Quelle: AVP RF, f. 0165, o. 7, p. 138, d. 221, ll. 30–32)

Dokument 5

Brief des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Deutschland, Nikolaj N. Krestinskij, an den Generalsekretär des ZK der VKP (B) Iossif V. Stalin.

28. Dezember 1928

Verehrter Genosse,
unser Militärattaché, Genosse Kork[69], der vor kurzem von seiner Dienstreise nach Moskau zurückkam, berichtete mir, daß er zu einer ganzen Reihe von Fragen bezüglich der laufenden Arbeit keine bestimmten Richtlinien bekommen konnte, da das Politbüro eine Kommission zur Zusammenarbeit zwischen der Roten Armee und der Reichswehr eingerichtet hat, deren Arbeitsergebnisse entscheidend für die Frage sein werden, ob die gegenwärtig bestehende Zusammenarbeit fortgesetzt wird. Demzufolge werden die Richtlinien, die die verschiedenen Aspekte dieser Zusammenarbeit betreffen, erst nach dem Abschluß der Arbeit dieser Kommission und nach der Genehmigung ihrer Vorschläge durch das Politbüro erteilt.

Ich möchte der Kommission des Politbüros meine Überlegungen zur Frage der Zusammenarbeit mitteilen. Ich weiß zwar nicht, wer dieser Kommission angehört, bezweifle aber nicht, daß Sie daran teilnehmen. Deswegen richte ich meinen Brief an Sie sowie Kopien an die Genossen Vorošilov[70] und Litvinov[71].

[68] Nach seinem Rücktritt als Chef der Heeresleitung im Oktober 1926 beabsichtigte von Seeckt, eine Studienreise in die süd-östlichen Regionen Rußlands durchzuführen.
[69] August J. Kork, sowjetischer Militärattaché in Deutschland 1928.
[70] Kliment E. Vorošilov, Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrats der UdSSR, 1925–1934.
[71] Maksim M. Litvinov, stellvertretender Außenkommissar der UdSSR.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Worin besteht zur Zeit die Zusammenarbeit zwischen unserer Roten Armee und der Reichswehr? Von unserer Seite besteht diese Zusammenarbeit darin, daß wir bereits seit drei oder vier Jahren alljährlich Gruppen unserer roten Kommandeure zu deutschen Manövern abkommandieren. Zweitens haben wir in den letzten zwei Jahren Gruppen unserer verantwortlichen Kommandeure hierher abkommandiert, damit sie hier in der deutschen Militärakademie[72] einen praktischen und theoretischen Kurs besuchen. Von deutscher Seite besteht diese Zusammenarbeit darin, daß die Deutschen unseren Manövern beiwohnen und die deutsche Reichswehr auf unserem Territorium militär-technische Schulen gründet, und zwar solche, die aufgrund des Versailler Vertrages auf deutschem Territorium nicht existieren dürfen. Ich meine damit die bereits seit drei Jahren bestehende Flieger-, Panzer- und Chemieschule, oder genauer gesagt, nicht eine Schule, sondern eine Station für aerochemische Tests.

Ich möchte auf jeden einzelnen Aspekt der Zusammenarbeit detaillierter eingehen.

1. Unsere Teilnahme an den deutschen Manövern

Die Teilnahme unserer roten Kommandeure an den Manövern brachte unseren Genossen beim ersten Mal trotz des freundlichen Empfangs durch die Deutschen relativ wenig Nutzen. Erklärt wurde das mit der schlechten Organisation und Vorbereitung der aus der UdSSR abkommandierten Gruppe. Die Genossen haben von ihrer Dienstreise erst kurz vor der Abreise erfahren. Deswegen konnten sie sich weder individuell noch gemeinsam auf die ihnen gestellten Aufgaben vorbereiten. Sie haben sich keine Fragen überlegt und konnten sich keine Grundkenntnisse über die deutsche Armee verschaffen. Außerdem beherrschten die meisten von ihnen die deutsche Sprache überhaupt nicht.

Der damalige Militärattaché, Genosse Lunev, machte den Revolutionären Kriegsrat darauf aufmerksam, und die nächste Gruppe war etwas besser vorbereitet. 1928 war die Organisation der Reise bereits völlig zufriedenstellend. Ausgewählt wurden dafür Genossen aus den Reihen der roten Kommandeure, die über eine gute theoretische und praktische Ausbildung verfügten. Die Zusammensetzung der Gruppe wurde vorher bekanntgegeben, und die Genossen haben sich auf die bevorstehende Arbeit vorbereitet. Außerdem befanden sich unter den Abkommandierten ein oder zwei Genossen, die bereits bei den Manövern im vergangenen Jahr anwesend waren, sowie der Leiter unserer Militärakademie, Genosse Ejdeman[73], der in diesem Winter drei Monate in Berlin an der Militärakademie und 3 Monate bei der Reichswehrverwaltung gearbeitet hat, und schließlich Genosse Uborevič[74], der seit November vergangenen Jahres in Berlin tätig war. Der angereisten Gruppe schloß sich Genosse Kork an. Die Genossen hatten die Möglichkeit, sich in drei Gruppen zu teilen und abwechselnd den Manövern in verschiedenen Militärbezirken Deutschlands beizuwohnen. In jeder Gruppe befand sich ein Genosse, der bereits erste Erfahrungen mit der Reichswehr gesammelt hatte, und es gab unter ihnen genügend Genossen, die der deutschen Sprache mächtig waren.

---

[72] Gemeint sind die Ausbildungskurse des Truppenamtes, die im Grunde genommen nichts anderes als eine Militärakademie waren.

[73] Robert E. Ejdeman, Korpskommandeur, 1925–1932 Leiter und Kommissar der M.-V.-Frunze-Militärakademie.

[74] Jeronim P. Uborevič, Armeekommandeur ersten Ranges, 1925–1928 Befehlshaber des Nord-Kaukasischen Militärbezirks.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Erzählungen einiger Genossen, die in diesem und in den vergangenen Jahren an den deutschen Manövern teilgenommen haben, erweckten bei mir den Eindruck, daß die Genossen viele interessante Erfahrungen und nützliche Informationen auf den Gebieten der Organisation, Taktik und Strategie gesammelt haben.

2. Langfristige Dienstreisen unserer Militärgenossen nach Deutschland

Im vergangenen Jahr haben wir erste Erfahrungen mit langfristigen Dienstreisen unserer Genossen nach Deutschland zur Erforschung einer modernen Organisation des Militärwesens gemacht. Abkommandiert wurden der Genosse Uborevič, der hier 13 Monate lang gelebt hat, sowie die Genossen Ejdeman und Appoga[75], die über dreieinhalb Monate hier weilten. Für die Genossen, insbesondere für den Genossen Uborevič, standen in der Reichswehr alle Türen offen, ausgenommen lediglich die absoluten Geheimsphären. Sie besuchten Vorlesungen in der Akademie, erarbeiteten zusammen mit deutschen Lehrgangsteilnehmern Lösungen für militärische Planspiele, besichtigten Kasernen, machten sich mit der Winterausbildung in allen Truppeneinheiten bekannt, besichtigten und testeten alle bei der deutschen Armee eingeführten technischen Errungenschaften, machten sich mit der Verwaltungsorganisation der Armee sowie deren Versorgung bekannt. Als die Genossen Ejdeman und Appoga abgereist waren und der Genosse Uborevič, dem die Deutschen eine besondere Sympathie entgegenbrachten, alleine blieb, wurde ihm noch mehr als den anderen gezeigt, so daß er jetzt ohne Zweifel als einer der besten Kenner – und zwar auf der internationalen und nicht nur auf der russischen Ebene – der modernen deutschen Armee gelten kann. Uborevič und seine Kameraden schlugen eine Bresche, und in diesem Jahr kam eine neue Gruppe unserer Kommandeure zu einem langfristigen Praktikum an. Es sind erst fünf Personen da, zwei für ein ganzes Jahr und drei für ein halbes Jahr. Im Mai werden noch weitere sieben Personen erwartet, die hier die ganze Periode der Feldreisen und Manöver, d. h. ungefähr vier Monate, verbringen. Bei den Manövern werden auch die Genossen anwesend sein, die hier die Winterperiode des Praktikums verbringen.

3. Die Anwesenheit der Deutschen bei unseren Manövern

Wenn ich mich nicht irre, kamen die Deutschen zum ersten Mal 1926 zu unseren Manövern. Es war eine Periode der angespannten Beziehungen zwischen uns und der Reichswehr im Zusammenhang mit den zum damaligen Zeitpunkt noch nicht abgewickelten Unternehmen in Fili und in Trock[76]. Unsere Militärführung empfing die Deutschen unfreundlich, sie mußten in schmutzigen Waggons fahren, ihnen wurden ungeeignete Wohnungen zur Verfügung gestellt und ihnen wurde keine Freundlichkeit bei den Treffen entgegengebracht. Natürlich kamen die Deutschen schlecht gelaunt zurück und zogen daraus für uns ungünstige Konsequenzen.

Zum zweiten Mal waren die Deutschen 1927 bei den Manövern im Nordkaukasus dabei. Diesmal wurden sie ausgezeichnet empfangen, die Manöver verliefen sehr gut, und

[75] Ernest F. Appoga, Korpskommandeur. Er war in einer leitenden Position im Stab der Roten Armee.

[76] Es handelt sich um den Flugzeugbaubetrieb in Fili und um das Chemiewerk „Bersol'" zur Herstellung der Giftstoffe. Ivaščenkovo wurde Mitte der zwanziger Jahre in Trock (zu Ehren von Trotzki) und 1929 in Čapajevsk zu Ehren des Bürgerkriegshelden Vassilij J. Čapajev umbenannt.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Deutschen waren mit deren Ergebnis sehr zufrieden. Die Manöver wurden vom Genossen Uborevič geleitet. Der militärische Erfolg der Manöver und der freundliche Empfang, mit dem die deutsche Militärdelegation auf dem Nordkaukasus aufgenommen wurde, sind unter anderem die Erkärung dafür, daß die Deutschen Uborevič mit großer Sympathie und Respekt behandelten. Darüber hinaus wußten sie über seine Vergangenheit als Befehlshaber im Bürgerkrieg. Im Verlaufe der weiteren Beziehungen mit ihm überzeugten sich die Deutschen, daß Uborevič ein sehr begabter und vielversprechender Feldherr ist, was ihre Sympathie zu ihm noch verstärkte.

In diesem Jahr unterschied sich die deutsche Delegation bei unseren Manövern günstig von der des Vorjahres dadurch, daß an ihrer Spitze der Chef des deutschen Truppenamtes, Oberst Blomberg[77], stand (der inzwischen bereits ein junger General geworden ist). Ich habe Gespräche mit einigen Teilnehmern aus der deutschen Delegation an unseren Manövern geführt. Mit anderen Teilnehmern sprachen Uborevič und Kork. Sie alle haben einen sehr guten Eindruck gewonnen. Blomberg machte einige kritische Bemerkungen, aber er erkennt das Wachstum und die Stärke der Roten Armee an. Ich unterhielt mich mit Oberst Köstring[78], der zu Zeiten des Generals von Seeckt die russische Abteilung bei der Reichswehr leitete und jetzt bei den Truppen das Kommando über ein Kavallerieregiment führt. Er berichtete mir von dem guten Eindruck, den bei ihm, dem Kavalleristen, unsere Kavallerie hinterlassen hat, sowie über die erfolgreichen aerochemischen Tests.

4. Deutsche Unternehmen in der UdSSR

Am wenigsten kann ich über deutsche Unternehmen in der UdSSR berichten. Ich weiß lediglich, daß die Deutschen sehr daran interessiert sind, sie zu erweitern, und ihre finanziellen Mittel mit der Perspektive einer mehrjährigen Arbeit einsetzen wollen. Das bedeutet, daß sie in der nächsten Zukunft eine Veränderung der Beziehungen zur Roten Armee nicht im Sinne haben. Diese Unternehmen stellen für die Deutschen den wertvollsten Teil der Zusammenarbeit dar. Darin liegt für die deutsche Seite die Hauptbedeutung der Zusammenarbeit.

Nun werde ich eine Einschätzung versuchen, wem diese Zusammenarbeit wie nützt. Was erhalten wir? Erstens kann eine ganze Reihe unserer Militärs, die unmittelbar in der Praxis stehen, eine moderne Militärausbildung in Deutschland bekommen, und sie bekommt sie auch. Zweitens erhalten diese Genossen sowie die, die zu Manövern abkommandiert werden, eine Möglichkeit, kritisch unsere Armeeorganisation und unseren Militäraufbau zu betrachten, indem sie eine der besten ausländischen Armeen – hinsichtlich der Qualität und der Versorgung - kennenlernen. In der deutschen Armee haben wir einen Maßstab für einen Vergleich. Wir können Schwächen und Stärken unserer Roten Armee im Vergleich mit der deutschen Armee sehen. Und wir können entsprechende Veränderungen beim Aufbau unseres Militärsystems vornehmen. Drittens tragen die deutschen Militärs, die uns besuchen und sich von der Stärke unserer Armee persönlich überzeugen lassen, dazu bei, daß sich sowohl in Deutschland als auch im übrigen Ausland eine entsprechende Meinung über uns als Militärmacht bildet. Und das ist einer der Faktoren, die die Gefahr eines Angriffs auf uns mindern. Viertens treten die Reichswehrfunktionäre

[77] Werner von Blomberg, 1927–1929 Chef des Truppenamtes; 1933–1938 Reichswehr- bzw. Reichskriegsminister.

[78] Ernst Köstring, 1931–1933 inoffizieller Militärattaché in Moskau.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Deutschland und in der UdSSR in einen unmittelbaren tagtäglichen Kontakt mit unseren Kommandeuren und kommen sich persönlich näher. Auf diese Weise werden in den Reihen der deutschen Militärs Sympathien zu uns geweckt, was bis jetzt auf der Grundlage der gemeinsamen Feindschaft zu Polen und teilweise zur Entente geschieht. Und schließlich, fünftens, die Schaffung der technischen Militärschulen bei uns verbindet nicht nur einzelne Gruppen deutscher Offiziere, sondern auch die ganze Reichswehr als solche mit uns. Es ist nicht so einfach, die Basis für die Ausbildung von technisch qualifizierten Offizieren zu wechseln. Sie können sonst auch fast nirgendwohin gehen, denn in den kleinen Staaten kann man die Deutschen leichter aufspüren.

Das sind die Vorteile, die wir aus der Zusammenarbeit mit der Reichswehr in der gegenwärtigen Situation haben.

Ist diese Zusammenarbeit für uns politisch gefährlich? Wir sind nicht das einzige Land, das mit den Deutschen ähnliche Beziehungen im militärischen Bereich unterhält. Bei den deutschen Manövern sind Ungarn, Schweizer, Litauer und, wenn ich mich nicht irre, auch bulgarische und türkische Offiziere anwesend. Somit wird unser Staat durch unsere Teilnahme an den Manövern sowie durch längere Dienstreisen unserer Genossen nach Deutschland nicht kompromittiert. Die Deutschen hätten mehr Grund zur Furcht davor als wir. Was die deutschen Schulen in der UdSSR betrifft, so tun wir vom staatlichen Gesichtspunkt aus nichts, was irgendwelchen Abkommen oder völkerrechtlichen Normen widersprechen würde. Hier treten die Deutschen als Verletzer des Versailler Vertrages auf, und sie müssen sich vor der Aufdeckung fürchten, sie müssen sich um die Geheimhaltung kümmern. Wir sind freilich auch vor Enthüllungen nicht geschützt, und wir wissen aus Erfahrung, daß dies einen ungünstigen Eindruck bei der deutschen Arbeiterschaft hinterläßt. Aber, erstens, haben sich die deutschen Arbeiter nach der „Granatenaffäre"[79] an den Gedanken unserer militärischen Zusammenarbeit völlig gewöhnt, und zweitens können wir ja immer beweisen, daß wir die Gewinner in dieser Zusammenarbeit sind, daß wir mehr bekommen und weniger geben. Und für jeden Arbeiter wird dies doch der ausschlaggebende Punkt sein.

Es wird die Meinung vertreten, daß die deutschen Militärs, nachdem sie bei uns Zutritt erhalten haben, ihren Aufklärungsdienst gut postieren werden und daß die Aufklärungsdaten auch zu unseren gefährlicheren Feinden gelangen können.

Mir erscheint diese Überlegung nicht überzeugend. Die Informationen, die deutsche Offiziere, die sich in der tiefsten Provinz, in Lipeck, in Kazan' und in der Nähe von Simbirsk, aufhalten, über uns und unsere Armee bekommen können, sind dermaßen unwichtig, daß der deutsche Militärattaché ohnehin über sie verfügt und daß sie dem deutschen Aufklärungsdienst durch andere zivile Kundschafter, die nicht an solchen Schulen ihre Ausbildung machen, zufließen. Die wichtigeren Informationen, deren Weiterleitung gefährlich für uns wäre, kann man nur durch eine langfristige Arbeit bei uns im Revvoensovet[80] erhalten. Die Deutschen werden höchstwahrscheinlich versuchen, eine Erlaubnis zur Abkommandierung einiger Stabsoffiziere in den Revvoensovet zu bekommen; dies ist für sie aber weniger wichtig als die Schulen, denn es gibt für sie im Revvoensovet nichts zu lernen. Deswegen könnten wir es wahrscheinlich ablehnen, die von ihnen entsandten Per-

[79] 1926 wurden in der deutschen Presse parallel mit der „Junkers"-Geschichte sensationelle Meldungen über die sowjetischen Lieferungen von Geschossen und Granaten per Schiff nach Deutschland veröffentlicht.

[80] Der Revolutionäre Kriegsrat der UdSSR.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sonen aufzunehmen, und dies durch die Erweiterung ihrer Schulen kompensieren. Oder man könnte im äußersten Fall die Zulassung ihrer Militärs in unserem zentralen Militärapparat auf ein Minimum begrenzen.

Wenn wir die militärische Zusammenarbeit aufgeben oder ihr einen Rahmen geben, in dem sie für die Deutschen von keiner nennenswerten Bedeutung mehr ist, so würden wir, erstens, die Verbindung mit der einzigen Armee in Europa verlieren, die völlig auf der Höhe der Zeit ist. Das würde für uns bedeuten, daß wir bei allen militärischen Angelegenheiten gezwungenermaßen nur auf uns selbst gestellt sein würden, ohne die Möglichkeit zu haben, die europäische Militärtechnik einzuholen und sie zu überholen[81]. Zweitens, wenn wir die Reichswehr zurückweisen, werden wir sie, die ein uns freundlich gesinnter außenpolitischer Faktor in Deutschland ist, zwingen, nach einer anderen Orientierung zu suchen.

Deswegen meine ich, daß die Beendigung der Zusammenarbeit nicht in unserem Interesse wäre. Ich bin für die Aufrechterhaltung der bestehenden Formen der Zusammenarbeit und für die Erweiterung dieser Zusammenarbeit auf die beiden Marinebehörden. Die deutsche Marine war bis jetzt antisowjetisch eingestellt, unter dem Einfluß einer Reihe von außenpolitischen Faktoren sind die deutschen Marineleute jetzt aber bereit, Kontakte mit unserer Marine anzuknüpfen. In militärtechnischer Hinsicht wird es uns Vorteile bringen, und deswegen sollten wir diesen deutschen Vorschlag nicht ablehnen.

Mit kameradschaftlichem Gruß
(N. Krestinskij)

(Quelle: AVP RF, f. 0165, o. 7, p. 140, d. 234, ll. 71–78)

Dokument 6

Brief des Bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Deutschland, Nikolaj N. Krestinskij, an den Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrates der UdSSR Kliment E. Vorošilov.

21. Juli 1929

Sehr geehrter Klim Efremovič,
am 28. Dezember vergangenen Jahres, nachdem ich von der Gründung einer Kommission des Politbüros zur Frage der militärischen Zusammenarbeit mit den Deutschen erfahren hatte, habe ich an den Genossen Stalin, an Sie und an Litvinov einen detaillierten Brief geschrieben, in dem ich meine Ansichten über diese Zusammenarbeit erläuterte und im großen und ganzen für ihre Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung eintrat.

Ich habe keine Antwort auf meinen Brief bekommen, auch die Resolution der Kommission des Politbüros ist mir nicht bekannt. Aber aus der Tatsache, daß die frühere Zusammenarbeit weiterlief und daß unsere Marinebehörde die Frage der Kontaktaufnahme mit der deutschen Kriegsmarine auf die Tagesordnung setzte, schloß ich, daß die Frage im Sinne der Aufrechterhaltung der bisherigen Beziehungen mit der deutschen Reichswehr gelöst worden ist.

[81] Das ist eine Anspielung auf die von Stalin geprägte Parole, „den Kapitalismus einholen und überholen".

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jetzt erfahre ich aber vom Genossen Putna[82], daß die Frage der Zusammenarbeit mit den Deutschen schon wieder im inneren Zirkel Ihrer Behörde diskutiert wird. Und zwar wird sie dort aus verschiedenen Blickwinkeln analysiert: aus politischer Sicht (ob sich die Deutschen nicht umorientieren) und aus rein praktischer Sicht (wem nützt die Zusammenarbeit mehr) und schließlich aus rein taktischer Sicht (damit wir den Deutschen ja nicht mehr Liebenswürdigkeit erweisen als sie uns). Der Genosse Putna informierte mich, daß unter anderem die Nichtzulassung der Gruppe Hammerstein[83] zu unseren großen Manövern diskutiert wurde und womöglich immer noch diskutiert wird. Hammerstein wurde schon vor langem versprochen, daß er dieses Jahr zu Manövern eingeladen würde, genau wie es im vergangenen Jahr mit dem General Blomberg geschah. (Hammerstein wurde bereits zum Leiter des Operativstabs[84] der Reichswehr befördert und tritt dieses Amt an, wenn der jetzt noch amtierende Leiter des Stabes[85], Blomberg, den Oberbefehl über die ostpreußischen Truppen in Königsberg übernimmt.)

Es hat sich bei mir der bestimmte Eindruck gebildet, daß eine ganze Reihe von Prämissen, auf deren Basis diese oder jene Schlußfolgerung gezogen wird, nicht richtig sind. Ich habe deshalb das Bedürfnis, mich erneut zur Frage der Zusammenarbeit in der heutigen politischen Lage zu äußern. Da aber diese Frage immer noch in die ausschließliche Kompetenz der Militärbehörde fällt und vielleicht sogar ohne Instanz[86] gelöst werden wird, so richte ich meinen Brief nicht an den Genosen Stalin, sondern nur an Sie, wobei ich Zweitschriften an das Volkskommissariat für Äußere Angelegenheiten, an den Genossen Stomonjakov sowie an den Genossen Berzin[87], der unmittelbar für die Beziehungen zwischen der Roten Armee und der Reichswehr zuständig ist, richte.

1. Die deutsche Regierung und die deutsche Reichswehr ändern gegenwärtig ihre Politik gegenüber der UdSSR in keiner Weise. Dem widerspricht die Aufregung, die durch den Auftritt am 1. Mai[88] verursacht worden ist, keineswegs. Diese Aufregung wurde von den Sozialdemokraten aus parteipolitischen Gründen inszeniert und aufrechterhalten. Ih-

---

[82] Vitovt K. Putna, Militärattaché der UdSSR in Deutschland 1929–1931.

[83] Im August–September 1929 weilte eine Delegation unter dem Chef des Truppenamtes, Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord, auf offizielle Einladung fast sechs Wochen in der Sowjetunion. Es gab anscheinend Meinungsdifferenzen innerhalb des RKR der UdSSR, ob man die Hammerstein-Delegation zu den großen Herbstmanövern der Roten Armee zulassen sollte, weil die politischen Beziehungen 1929 immer kühler wurden. Die Sowjetdiplomaten versuchten stets, die militärische Kooperation als integralen Teil des Gesamtkomplexes der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu betrachten und einzusetzen.

[84] Gemeint ist das Truppenamt.

[85] Truppenamt.

[86] Gemeint ist das ZK der VKB (B).

[87] Jan K. Berzin, Leiter der Aufklärungsabteilung der RKKA in den Jahren 1924–1935.

[88] Am Vorabend des 1.5. 1929 verbot der Berliner Polizei-Präsident Zörgiebel die Demonstration am 1. Mai in Berlin. Der Kriegskommissar Vorošilov erwähnte diese Tatsache in seiner Rede während der traditionellen Parade auf dem Roten Platz in Moskau. Dort wurden zudem Karikaturen einiger deutscher SPD-Minister und des Reichswehrministers gezeigt. Die Rede Vorošilovs wurde vom deutschen Außenamt als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands verurteilt. Am 2. und 3. Mai kam es zur Démarche des deutschen Botschafters in Moskau, Herbert von Dirksen, im Außenministerium, was dann eine besänftigende Erklärung Vorošilovs zur Folge hatte. Am 14. Mai erklärte von Dirksen Stomonjakow gegenüber, der Zwischenfall während der Feiern am 1. Mai in Moskau sei beigelegt.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen spricht die kleinbürgerliche radikale Presse nach, genauer gesagt, sie hat ihnen nachgesprochen, denn heute erinnert sich, von den Sozialdemokraten abgesehen, niemand mehr an den 1. Mai.

Ernsthafte bürgerliche Kreise und ernsthafte Politiker, selbst aus dem Milieu der Sozialdemokraten (sozialdemokratische Minister), vertreten nach wie vor die Ansicht, daß die proletarische Revolution in absehbarer Zeit Deutschland nicht bedroht. Deswegen lassen sie die Zusammenarbeit mit der UdSSR zu, weil sie in ihrem staatspolitischen sowie in ihrem nationalwirtschaftlichen Interesse liegt, und das, obwohl in der UdSSR Kommunisten an der Macht sind. Die Ereignisse vom 1. Mai haben an dieser Einstellung der deutschen Regierung nichts geändert.

Der Beitritt Deutschlands zum Pariser Reparationsvertrag[89] bedeutet ebenfalls keine Veränderung der deutschen Politik uns gegenüber. Deutschland hat mit uns ein Handelsabkommen und das Berliner Freundschafts- und Neutralitätsabkommen während der Gültigkeit des „Dawes-Plans" abgeschlossen[90].

Der „Young-Plan" unterscheidet sich nicht prinzipiell vom „Dawes-Plan": Er ist ziemlich schwierig für Deutschland, wobei Deutschland keine zusätzlichen geheimen politischen Zugeständnisse gemacht hat. In Paris gab es keine Verhandlungen über die Schaffung einer einheitlichen Front gegen uns. (Man darf das Gerede des verstorbenen halbwahnsinnigen Generals Hoffmann sowie des Erben seiner Wunschträume, des Generals Lidtke[91], nicht ernstnehmen. Das ist ein unbedeutendes Häufchen von Menschen ohne jeglichen Einfluß, von dem sich die deutsche Regierung nicht nur pro forma, sondern auch tatsächlich distanziert.) Deutschland hat seine Freundschaft mit uns an niemanden verkauft, denn für einen solchen Verkauf sind mehrere, untereinander einige Käufer notwendig sowie die Voraussetzung, daß Deutschland mit diesen vereinten Käufern ein vollständiges und allumfassendes Bündnis schließt. Es ist aber so, daß sich Amerika, England und Frankreich untereinander faktisch nicht einig sind. Bis vor kurzem bestand eine offene Rivalität zwischen Amerika und England. Frankreich unterstützte England. Jetzt zeichnen sich einige Veränderungen ab. England will sich mit Amerika versöhnen, und zwischen England und Frankreich bestehen Diskrepanzen in der Reparationsfrage: Sie schaffen es nicht, die deutschen Reparationszahlungen untereinander aufzuteilen. Frankreich versucht seinerseits, seine finanziellen Beziehungen mit Amerika zu legalisieren. Jedenfalls sind diese drei Mächte noch zu keiner Einigung gekommen, und sie werden selbstverständlich zu keiner Einigung kommen. Ich glaube, daß der Konflikt zwischen Amerika und England bestehen bleibt. Bei den Deutschen überwog bis jetzt die Orientierung auf Amerika. In Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Druck, den Amerika insbesondere während der Pariser Verhandlungen ausgeübt hat, wird bei den Deutschen der Wunsch spürbar, von Amerika etwas unabhängiger zu werden. Die einen träumen davon, mit der Labourregierung in England näher in Kontakt zu kommen, die anderen wünschen die Annäherung an Frankreich. Es ist noch schwierig, darüber zu urteilen, welchen der

[89] Gemeint ist der Young-Plan vom Juni 1929.

[90] Das deutsch-sowjetische Handels- und Rechtsabkommen wurde am 12.10. 1925 abgeschlossen, der Berliner Vertrag am 24.4. 1926.

[91] Hoffmann war Vertreter der sogenannten Militärpartei in den regierenden Kreisen Deutschlands. Zur Zeit der Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk bestand er darauf, daß an Sowjetrußland Annexionsforderungen in ultimativer Form gestellt werden. Näheres über Lidtke konnte nicht ermittelt werden.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drei Wege Deutschland einschlagen wird. Ich glaube, daß Deutschland im großen und ganzen Amerika treu bleiben wird. Der Sieg des amerikanischen Einflusses ist für uns in außenpolitischer Hinsicht günstig. Aber es hat sich bis jetzt nichts ereignet, was Deutschland dazu gebracht hätte, seine Politik uns gegenüber zu ändern. Noch hat keiner Deutschland gekauft und nicht einmal versucht, ernsthaft darüber einen Handel zu führen.

2. Das Verhalten von Vertretern der deutschen Militärkreise bestätigt meine Behauptung, daß die Regierung von ihnen keine Änderung in der Politik und keinen Abbruch der bisherigen Beziehungen verlangt.

Unseren Kommandeuren wird derselbe freundliche Empfang bereitet wie früher. Das Unterrichtsprogramm für August und September wurde unter Berücksichtigung aller Wünsche des Genossen Jakir[92] und anderer zusammengestellt. Das Programm für Juli wurde revidiert, um die Wünsche der erwähnten Genossen zu befriedigen. Kleine Mißhelligkeiten in bezug auf eine Gruppe unserer Kommandeure sind längst wiedergutgemacht und aus der Welt geschafft. Im großen und ganzen können sich weder die hier vorübergehend weilenden Genossen noch unser Militärattaché über die Deutschen beschweren, und sie tun es auch nicht.

Die Deutschen äußern nachdrücklich ihren Wunsch, Kontakte mit unserer Marinebehörde anzuknüpfen, und sind bereit, eine Gruppe von Mitarbeitern unserer Roten Flotte zu empfangen. Die Deutschen beabsichtigen, unserem Geschwader, das in Swinemünde ankommt, einen herzlichen Empfang zu erweisen.

Die Militärbehörde betont ihren Wunsch und ihre Bereitschaft, dem Genossen Budnevič bei seinen Verhandlungen mit „Rheinmetall" und anderen Unternehmen zu helfen. Daran, daß diese Bereitschaft nicht in Anspruch genommen wird, sind nicht die Deutschen schuld. Die Ursachen dafür sind, daß sich sowohl der Genosse Budnevič als auch der Genosse Putna aufgrund ihrer Anweisungen (die meines Erachtens nicht ganz richtig sind) bemühen, die Sache so darzustellen, als ob der Genosse Budnevič ein Industrieller sei, der wenig mit unserer Militärbehörde zu tun hat, und hier ausschließlich mit Industriellen verhandelt und dabei Kontakte mit den deutschen Militärkreisen meidet.

3. Welche Umstände bringen den Genossen Berzin zur Schlußfolgerung, daß die Deutschen bereit sind, die Beziehungen mit uns abzubrechen? Das sind ausschließlich Reibereien, die in der UdSSR in Zusammenhang mit den deutschen Unternehmungen dort entstehen. Ich fürchte, daß diese Meinungsverschiedenheiten im politischen Sinne generalisiert werden. Aus den Erfahrungen der früheren Zusammenarbeit mit den Deutschen auf dem Gebiet des Flugzeugbaus und der Giftgasproduktion wissen wir, wie schädlich für die Sache persönliche Feindseligkeiten zwischen den Menschen sind, die die Arbeit auf unserer und auf der deutschen Seite machen. Die Tatsache, daß L. G. Ginzburg[93] und der Major Tschunke[94] einander nicht mehr ausstehen und sich über keine einzige, nicht einmal die winzigste Frage, einigen konnten, stellte einen der Gründe für das Scheitern dieser Unternehmungen dar. Ich befürchte, daß die Beziehungen zwischen dem Genossen

[92] Jona E. Jakir, Armeekommandeur 1. Ranges, 1925–1930 Befehlshaber des ukrainischen Militärbezirks.

[93] Lev G. Ginzburg, Generaldirektor der AO „Metachim", die mit der „GEFU" im September 1923 eine deutsch-sowjetische AG Bersol' zur Giftgasproduktion gegründet hatte.

[94] Fritz Tschunke, einer der zwei Geschäftsführer von „GEFU". Später wurde er zum Geschäftsführer des Rußlandausschusses der Deutschen Wirtschaft.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fišman[95] und den deutschen Fachleuten für Chemiewaffen feindselig zu werden beginnen. Die Deutschen wollten, und anscheinend wollen sie immer noch, langfristig bei uns arbeiten. Es ist nicht ihrem, sondern unserem Wunsch entsprechend geschehen, daß der Vertrag über Tomka[96] für ein Jahr geschlossen worden ist. Denn sie wollten ja einen Fünf-Jahres-Vertrag. Nach Kazan'[97] haben sie vor kurzem Panzer geschickt. Es ist klar, daß sie die Arbeit fortsetzen wollen.

Nach meiner tiefen Überzeugung wollen sie die Beziehungen mit uns nicht abbrechen.

4. Vielleicht nutzen uns die deutschen Unternehmen in der UdSSR wenig? Dafür bringt die Arbeit unserer Kommandeure in Deutschland uns großen Nutzen.

Gelegentlich hörte ich die Meinung, daß die Deutschen unseren Kommandeuren dasselbe zeigen, was sie im vergangenen Jahr gezeigt haben, und daß der Genosse Jakir und andere nichts zu Gesicht bekommen, was nicht bereits der Genosse Uborevič gesehen hat. Das entspricht nicht den Tatsachen. Auch wenn die Deutschen die Absicht haben sollten, ihre Armee so vorzuführen, wie sie es im vergangenen Jahr getan haben, so werden die Genossen in diesem Jahr doch etwas Neues im Vergleich zum vorigen Jahr zu sehen bekommen, denn die Entwicklung des Militärwesens bleibt in Deutschland nicht stehen. Faktisch wird es den Genossen in diesem Jahr jedoch gelingen, mehr zu sehen, als die Genossen im vergangenen Jahr gesehen haben.

5. Nehmen wir für einen Augenblick an, daß die Gruppe der Kommandeure in diesem Jahr dieselben Kenntnisse erwerben werden, die die Kommandeure im vergangenen Jahr erworben haben, so sind doch die Kenntnisse vom vergangenen Jahr nicht zum Gemeingut aller Kommandeure unserer Roten Armee geworden. Der Genosse Uborevič hat keine Kurse durchgeführt, keine Vorlesungen gehalten, ließ nicht Hunderte von Kommandeuren durch seine Hände gehen. Das, was er in Deutschland gelernt hat, weiß er, wissen die Genossen, an die er Berichte erstattet hat, und einiges realisiert er in der Praxis bei sich in seinem Militärbezirk. Sollen doch auch auf dieselbe Weise einige Dutzende unserer bedeutenden Kommandeure in Deutschland dasselbe lernen. Es werden ja auch vom VSNCh Hunderte junger Ingenieure ins Ausland zum Praktikum geschickt, ohne daß man dabei auf Unkosten in Devisen achtet. Ist es denn nicht möglich, daß sich die Militärbehörde den Luxus leisten kann, jährlich ein paar Dutzend Kommandeure ins Ausland zur praktischen Schulung in einer Musterarmee zu schicken? Ich glaube, daß es möglich und notwendig ist.

6. Wir werden unsere Kommandeure aber nur dann hierher zu ernsthafter Arbeit in der Reichswehr schicken können, wenn wir den Deutschen die Möglichkeit einräumen, ihre technischen Unternehmungen bei uns weiterzuführen. Sie zahlen bei der Abkommandierung ihrer und unserer Militärs drauf, wir auf dem Gebiet der militärtechnischen Unternehmen der Deutschen bei uns. Wir sollten bewußt diesen Verlust akzeptieren, um unseren Gewinn auf dem anderen Gebiet zu behalten.

Aus allen oben erwähnten Gründen würde ich es nicht für richtig halten, die Frage einer grundlegenden Veränderung und Reduzierung unserer militärischen Beziehungen mit den Deutschen zu stellen.

---

[95] Jakov M. Fišman, Militärattaché in Deutschland, 1925–1937 Chef der Militär-Chemischen Verwaltung des Stabes der RKKA.

[96] Gemeint ist der Vertrag über die Durchführung von aerochemischen Versuchen auf dem Territorium der UdSSR.

[97] Es handelt sich dabei um die Panzerschule in Kazan'.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Darüber hinaus sollte man auch den allgemeinen politischen Aspekt berücksichtigen. Wir haben Komplikationen im Osten, wir benötigen die Hilfe der Deutschen bei der Wahrung der Interessen unserer Bürger[98]. Es ist möglich, daß wir auf die Hilfe der Deutschen in vielerlei Hinsicht angewiesen sein werden. Wir können doch nicht gleichzeitig Schritte unternehmen, die bei den deutschen Kreisen den Eindruck hinterlassen könnten, wir wären feindselig eingestellt.

Zum Schluß einige Worte über die Reise von Hammerstein. Unsere Beziehungen zur Reichswehr beruhen zu einem beträchtlichen Grad auf den persönlichen Einstellungen der führenden Reichswehroffiziere. Unsere Beziehungen entstanden in der Zeit, als von Seeckt der Chef der Heeresleitung und Hasse der Chef des Truppenamtes waren – alle beide unsere Freunde. Die Beziehungen auf dem Gebiet des Flugzeugbaus und der chemischen Industrie klappten nicht, weil an der Spitze der Versorgung [Heereswaffenamt] der Reichswehr der uns unfreundlich gesinnte General Wurtzbacher[99] stand (er ist gestorben). Groener[100], Heye[101] und Blomberg, die Geßler, von Seeckt und Hasse ablösten, sind uns gegenüber im Prinzip freundlich eingestellt, obwohl Groener ein viel schlüpfrigerer Mensch als Geßler ist und Heye eine weniger bedeutende Person als von Seeckt, wenngleich er uns freundlich gesonnen ist. Unser Freund Blomberg geht. Auf seine Position wird Hammerstein ernannt. Hammerstein stand unter dem Einfluß uns freundlich gesonnener Menschen. Es bestehen alle Gründe zur Annahme, daß er sich zu einem uns ebenso freundlich gesonnenen Menschen wie Blomberg entwickeln wird. Wir können dazu beitragen, dies aber auch stören. Wenn wir um ihn bei den Manövern genauso werben würden, wie wir um Blomberg im vergangenen Jahr geworben haben, so werden wir ihn für uns gewinnen. Wenn wir ihn nicht gastfreundlich empfangen oder gar nicht zu uns einladen, so wird er sicherlich zu unserem Feind. Es ist nicht mehr möglich, ihn nicht zu uns einzuladen: Wir haben die Reise und den Reiseplan bereits mit den Deutschen vereinbart, er ist sozusagen bereits eingeladen. Diese Einladung ohne jeglichen Grund zurückzuziehen (und einen Grund, der für die Deutschen überzeugend wäre, gibt es nicht), würde eine feindselige Geste gegenüber der Reichswehr und eine persönliche Beleidigung Hammersteins bedeuten. Ich glaube, wir sollten dies nicht tun. Und wenn wir dies nicht tun und wenn die Einladung aufrechterhalten bleiben sollte, dann sollten wir ihn auch auf gebührende Weise empfangen. Die Deutschen wenden für unsere monatelang hier lebenden Kommandeure weit mehr Energie und Geld auf als wir für einen freundlichen Empfang der Gruppe von Hammerstein-

[98] Am 10.7. 1929 besetzte China die Ost-Chinesische Eisenbahn, die unter gemeinsamer sowjetisch-chinesischer Betriebsführung stand, sowie den Telegraph der Eisenbahn. Der sowjetische Geschäftsführer wurde abgesetzt und aus China ausgewiesen; eine Reihe sowjetischer Handelsorganisationen sowie die Handelsvertretung in der Manschurei wurden geschlossen. Nach einer Reihe diplomatischer Démarchen brach die Regierung der UdSSR am 17.7. 1929 die diplomatischen Beziehungen mit China ab und bat gleichzeitig die deutsche Regierung, die sowjetischen Interessen in China zu vertreten. Am 18.7. 1929 erklärte sich Deutschland bereit, die Wahrnehmung der Interessen der UdSSR in China, und auf die Bitte Chinas die Interessen Chinas in der UdSSR zu übernehmen; vgl.: Dokumenty Vnešnej Politiki SSSR, Bd. XII, S. 380–386, 388–397, Moskau 1967.

[99] Ludwig Wurtzbacher, Generalmajor, Chef des Heereswaffenamtes 1920–1926.

[100] Wilhelm Groener, Reichswehrminister 1928–1932.

[101] Wilhelm Heye, Chef der Heeresleitung 1926–1930.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kühlenthal[102] sowie anderer deutscher Militärs werden ausgeben müssen, die uns besuchen.

22. Juli 1929

PS: Genosse Putna teilte mir aufgrund der von ihm heute aus Moskau erhaltenen Post mit, daß die Frage der Zulassung der Gruppe von Hammerstein zu unseren Manövern positiv gelöst wurde. Die Entscheidung macht die letzte halbe Seite des von mir gestern diktierten Briefes überflüssig. Im übrigen verliert dieser Brief aber seine Aktualität nicht, deswegen sende ich ihn zu.

(Quelle: AVP RF, f. 05, op. 9, p. 45, d. 32, ll. 107–115)

(Aus dem Russischen übersetzt von Elena Ilina und Jürgen Zarusky)

[102] Erich Kühlenthal, Oberst, Chef der heeresstatistischen Abteilung „T3" des Truppenamtes 1928–1931. Dieser Abteilung wurde Anfang 1928 das Arbeitsgebiet Rußland als T3 (V) angegliedert.

Jahrgang 44 (1996), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1996_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte